

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

41 (18.2.1914)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postfach 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

### Zirkus gegen Reichstag.

Die alljährlichen Zirkusversammlungen des Bundes der Landwirte waren oft weiter nichts als Paraden ohne tiefere Bedeutung. Diesmal wohnt ihnen ein tieferer politischer Zweck inne, sie waren ein sorgfältig erwogener strategischer Aufmarsch, und das Ziel, das ihrem Feldzugsplan zugrunde lag, tritt offen zutage. Es handelte sich diesmal darum, einen Druck auf die Regierung auszuüben, damit sie den Reichstag auflöse und die Wahlen in eine Richtung leite, die den Hochschützern bessere Aussicht verpricht als die Wahl von 1912.

Der Grundton der beiden Zirkusversammlungen vom letzten Montag wird schon in einem Reiterartikel angeschlagen, mit dem die „Deutsche Tageszeitung“ die Generalversammlung begrüßte. Darin hieß es:

„Wohl freuen wir uns, daß sich die Reichsregierung kürzlich fest zu den Grundlagen der nationalen Wirtschaftspolitik bekannt hat, der Deutschland die Sicherheit seines wirtschaftlichen Gedeihens verdankt. Aber voller Zweifel müssen wir uns doch zugleich fragen, ob sie auch genügend gerüstet sein werde, wenn die Notwendigkeit einer Neuordnung unserer Wirtschaftspolitik an uns herantritt; und mit Sorge muß es uns erfüllen, daß die Regierung selber den gegenwärtigen Reichstag offenbar nicht für geeignet hält, um ihm die Entscheidung über diese Frage vorzulegen.“

Man tut gut, von allem phrasenologischen Beiwerk der Versammlungen abzusehen und sich an sein politisches Grundthema zu halten. Daß der Held von Zabern, Oberst v. Reutter, gefeiert, auf die Juden und nebenbei auch ein bißchen auf die Minister geschimpft wurde, daß man sich für Absolutismus und Militarismus begeisterte wie nur je zuvor, das berührt sich von selbst. Darüber hinaus wissen aber die Führer des Bundes der Landwirte ganz genau, was sie wollen: Fort mit diesem Reichstag, und her mit einem andern, der uns den lächerlichen Hochschützertarif bewilligt!

Für diesen Plan will man die Regierung gewinnen, und das kann man, wenn man sie durch Angriffe einschüchtern und wenn man zugleich auch die Hofgesellschaft mobil macht. Darum ward der edle Herr v. Oldenburg-Januschaw diesmal als politischer Hauptredner im Zirkus Busch losgelassen, darum legte drüben im Zirkus Schumann, der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“ seine ganze umfangreiche Körperlichkeit dem Kronprinzen zu Füßen. Im Zirkus Schumann sprach Herr Dertel wie ein Hosprediger, im Zirkus Busch Herr v. Oldenburg wie ein Gardeoffizier. So wurden alle Löne angeschlagen, um das Herz der Mächtigen zu rühren.

Herr v. Oldenburg darf, dank seiner guten Beziehungen auch eine Lippe gegen den Reichskanzler riskieren, dem er nachsagte, daß er für die Empfindungen der vaterländisch gesinnten Elemente kein Verständnis besitze. Er durfte es sich erlauben zu sagen, er sei einmal ein Idealist gewesen, der geglaubt habe, daß die Minister ihre Versprechungen hielten — womit er aber natürlich nicht das Versprechen der preussischen Wahlreform meinte, sondern das Versprechen, die Erbschaftsteuer nicht auf die direkte Linie auszudehnen. Er durfte den verbündeten Regierungen den spöttischen Rat geben, wieder zu regieren, ihnen Rücksichtslosigkeit und Entschlossenheit empfehlen und seine Rede in dem Satz gipfeln lassen: Der Reichskanzler solle nicht erst versuchen, sich mit den Parteien des gegenwärtigen Reichstags einzurichten, es solle sich lieber, wenn er ein vaterländisch politisches Ziel mit dem gegenwärtigen Reichstag nicht durchführen könne, einen andern Reichstag befehlen. Das alles war kein gewöhnlicher Redegalopp im üblichen Oldenburg-Stil, sondern eine im Rat der Führer wohlwollene politische Kundgebung.

Ganz wie die „Deutsche Tageszeitung“, ähnlich wie Herr v. Oldenburg auch der Vorsitzende des Bundes Dr. Roefide. Nur daß der Diplomat des Bundes im Gegensatz zum rauhen Junker es mehr mit gutlichem Jureden versucht. Auch er betont die Notwendigkeit, sich durch hochschützlerische Maßnahmen auf den Volkstag vorzubereiten und fährt dann wörtlich fort:

„Die Reichsleitung ist selbst von einem solchen Entschluß über die Zusammenfassung des Reichstags erfüllt, daß sie überzeugt ist, daß sie diesem Reichstag in dieser Zusammenfassung nicht zutrauen kann, daß er irgend einen Beschluß fassen, der dem wirtschaftlichen Gedeihen des Volkes gerecht wird. Aber wir können darin vielleicht die Tatsache erkennen, daß die Reichsleitung vor ihrem eigenen Kinde erschrickt, denn der Reichstag in seiner jetzigen Zusammenfassung — das ergeben die historischen Vorgänge — ist allein die Folge der Stellungnahme der Reichsleitung vor und bei den Wahlen.“

Der Reichstag ist, wie alle Welt weiß, in seiner überwiegenden Mehrheit schützlerisch. Für die Aufrechterhaltung des bestehenden Zolltarifs ist eine sichere Mehrheit, bestehend aus der Rechten, dem Zentrum, den Nationalliberalen und den Polen vorhanden, und die fortschrittliche Volkspartei, die in ihrer Mehrheit im Prinzip feindlich zu sein behauptet, scheint auch gerade keine Lust zu haben, gegen die bestehenden Sungerzölle Sturm zu laufen. Trotzdem wollen die Agrarier einen neuen

Reichstag, nicht weil der Zolltarif von 1902 gefährdet ist, sondern weil sie einen neuen Tarif mit noch höheren Zöllen haben wollen, einen „lächerlichen“ Zolltarif, der selbst die wenigen noch zollfreien oder mit niedrigen Zöllen belegten Lebensmittel mit Hochschützern belastet. Darum soll der Reichstag aufgelöst werden aus irgend einem Anlaß, den man ja vom Zaune brechen kann, wenn man sonst keinen bei der Hand hat!

Ob der Bund der Landwirte auch diesmal wieder seinen Willen durchsetzen und die Auflösung des Reichstags erzwingen wird, das wird die Sozialdemokratie mit Ruhe aber in gespannter Aufmerksamkeit abwarten. Sie kann eine Auflösung weder hindern, noch würde sie es tun, wenn sie es könnte; aber sie kann und wird dafür sorgen, daß das Spiel mit offenen Karten gespielt wird. Man will die städtischen Wähler, Arbeiter, Angestellte, Beamte mit nationalen Redensarten betrunken machen, um ihnen dann den Hungergürtel noch schärfer anzuziehen. Man will im Namen des Vaterlandes, der Monarchie, des Christentums und — des verstärkten Arbeitwilligen Schutzes Handel und Industrie in einen Zöllnerkrieg hineinzuziehen, der der gesamten deutschen Wirtschaft die schwersten Wunden schlagen würde. Für den Bund der Landwirte sind die Lebensmittelpreise noch nicht hoch, ist die Arbeitslosigkeit noch nicht groß genug. Darum soll das Volk aufgefordert werden, einen neuen Reichstag zu wählen, der noch höhere Lebensmittelpreise und noch mehr Arbeitslose macht!

### Deutsche Politik.

Zeichow.

Die Fortschrittliche Volkspartei befindet sich in Zeichow ansehnlich in feiner ganz einfachen Situation. Ihren Führern darf wohl im allgemeinen genug politisches Verständnis zugetraut werden, daß sie verstehen, was es hieße, wenn jetzt den Konservativen durch fortschrittliche Hilfe ein Mandat ausgeliefert würde. Im Kreise selbst aber sind offenbar einflussreiche Kreise tätig, um die Partei in das Lager der Reaktion zu führen, und alles, was da nationalliberal ist, arbeitet an diesem edlen Werke mit Hochdruck mit. Die „Nationalliberale Reichskorrespondenz“ kann sich diesmal wahrlich der Zustimmung weitest nationalliberaler Kreise erfreuen, wenn sie schreibt:

„Wir hoffen, daß auch die Fortschrittliche Volkspartei sich hier von der bürgerlichen Gemeinschaft nicht ausschließen wird, da ein anderes, ein nicht durchaus zweifelhaftes Verhalten jeder anderen bürgerlichen Partei ein künftiges Zusammengehen mit ihr überaus erschweren, wenn nicht unmöglich machen müßte.“

Im Namen der bürgerlichen Gemeinschaft sollen die Fortschrittler die Mehrheit zerstören, die einen Fortschrittler zum Präsidenten gewählt hat, an Stelle eines Gegners des Hochschützertarifs und jeder Scharfmacherei soll ein Hochschützler und Scharfmacher treten — mit fortschrittlicher Hilfe. Das „Berliner Tagblatt“ freilich meint:

„Offenlich werden die fortschrittlichen Wähler in Zeichow den Führern auf diese Drohung die richtige Antwort geben.“

Hoffen wir also mit! Gehen die Fortschrittler nach rechts, so wird für die Sozialdemokratie ein Mandat verloren sein, und das ist schließlich zu ertragen, denn dann bleiben ja immer noch 110. Für die fortschrittliche Volkspartei wird aber viel mehr verloren sein, wie sich sehr bald zeigen wird!

Sehr ungelegen mag indes den Sammelpolitikern die neueste Post aus Sachsen kommen. Das offizielle Organ des nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen, die „Sächsische Umschau“ teilt nämlich mit, daß im Reichstagswahlkreis Borna-Begau, wo ein heftiger Kampf um das Mandat des Herrn v. Liebert entbrannt ist, konservative Großgrundbesitzer offen erklärt haben, im Falle Herr v. Liebert nicht in die Stichwahl komme, in dieser nicht den von der Fortschrittlichen Volkspartei unterstützten nationalliberalen Kandidaten, sondern den Sozialdemokraten wählen zu wollen oder Gedeih bei Fuß zu stehen. Das nationalliberale Organ erbietet sich, seine Behauptungen, wenn es gewünscht wird, durch Nennung von Namen zu beweisen.

Natürlich wird nun die konservative Parteileitung, die jetzt auf eine Reichstagsauflösung mit allgemeiner Parole gegen die Sozialdemokratie hinarbeitet, gegen die unzeitgemäßen Eigenbröder einen Bannstrahl schleudern. Sie wird damit aber nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß das, was die naiven Sachsen auch heute noch für richtig halten, noch vor Jahresfrist auch von den offiziellen Organen der konservativen Gesamtpartei vertreten worden ist.

### Ein neuer deutsch-französischer Vertrag.

Die deutsch-französischen Verhandlungen über die Verteilung der Eisenbahnaufträge in der asiatischen Türkei, deren Abschluß am Montag amtlich gemeldet wurde, bilden ein neues Glied in der Kette der Abmachungen, die das internationale Finanzkapital um die ganze Erde schlingt.

Was sich nach außen als Staatsvertrag repräsentiert ist eine Verständigung zweier Großbanken miteinander: der Deutschen Bank und der kaiserlich-ottomanischen Bank, hinter der das französische Großkapital steht. Die französischen Kapitalisten verzichten auf ihren dreißigprozentigen Anteil an der Bagdadbahn, dafür bauen sie das Anschlußnetz von der Bagdadbahn an das Schwarze Meer und bekommen auch für den Bahnbau in Syrien völlig freie Hand.

Ein Teil der „nationalen“ Presse glaubt sich die „Nachprüfung“ dieses Vertrages vorbehalten zu müssen, bis sein authentischer Wortlaut vorliegt. Wenn aber die Herren der Deutschen Bank glauben, bei der Abmachung ein gutes Geschäft gemacht zu haben, so kann sich ein kapitalloser nationaler Zeitungsschreiber nur lächerlich machen, wenn er ihr einzureden versucht, sie hätte ein schlechtes Geschäft gemacht. Der Eifer, mit dem sich die meist stark antisemitisch gefärbten Alldeutschen der Interessen der Deutschen Bank annehmen, wirkt überhaupt tragikomisch.

Während vertiegtene Abrafatenhelden diesseits und jenseits der Vogesen von der Unveröhnlichkeit der Erbfindschaft schwärzen, setzen sich die Kapitalisten beider Vaterländer ruhig an den grünen Tisch, um ihre Geschäfte mit einander abzumachen. Sie pfeifen auf Glorie, sie rechnen in Prozenten, und weil sich der Frieden besser verzinst als der Krieg, darum sind sie für den Frieden. Und das ist im Interesse des Friedens sehr erfreulich. Kame es aber einmal dazu, daß die Kapitalisten miteinander nicht einig werden wollten, so wäre das für die Völker noch immer kein Grund, sich gegenseitig die Gähle abzuschneiden.

Das neue Abkommen beweist wieder einmal, daß dort, wo nicht geschwätzt, sondern gerechnet wird, ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich nicht besteht. Wären doch nur die Völker erst einmal soweit, den Rechenstift in die Hand zu nehmen und auszurechnen, was sie der bewaffnete Frieden von heute kostet. Dann käme geschwind ein noch ganz anderer Vertrag zustande als das deutsch-französische Bagdadbahnabkommen!

### Gesetzlicher Gehärzwang?

Dem Reichstag liegt seit Montag eine von Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien unterzeichneter Antrag vor, der einen überaus schweren Eingriff in die persönliche Freiheit bedeutet. Der entscheidende § 1 des Gesetzentwurfes lautet:

„Der Bundesrat kann den Verkehr mit Gegenständen, die zur Befestigung der Schwangerschaft bestimmt sind, beschränken oder untersagen. Das gleiche gilt bezüglich der zur Verhütung der Empfängnis bestimmten Gegenstände insoweit, als nicht die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des gesundheitlichen Schutzes entgegensteht. Die vom Bundesrat getroffenen Anordnungen sind dem Reichstag, wenn er versammelt ist, sofort, andernfalls bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen. Soweit der Bundesrat den Verkehr mit einzelnen Gegenständen untersagt hat, ist deren Einfuhr verboten.“

Nach einer Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ sollen bereits 200 Abgeordnete diesen Antrag unterschrieben haben. Wäre dies richtig, so wäre es wünschenswert, daß sich ein Teil der Antragsteller selbst noch durch gute Gründe dazu bestimmen läßt, ihre Unterschrift zurückzuziehen und gegen den Entwurf zu stimmen, der ja in der Öffentlichkeit noch gar nicht diskutiert worden ist.

Der Gesetzentwurf ist abzulehnen wegen seiner Absicht, denn er versucht Zwang auszuüben in einer Sphäre, innerhalb welcher die persönliche Freiheit nicht angefaßt werden darf. Der Gesetzentwurf ist aber auch abzulehnen wegen seiner Zwecklosigkeit und Schädlichkeit, denn er fördert die Anormalität, die Fruchtstreibung, den Kindesmord. Es ist ein Wahn zu glauben, daß man durch Zwangsgesetze solcher Art den Geburtenrückgang verhindern kann, im Gegenteil, die durch die Einbringung des Gesetzentwurfes unvermeidlich gewordene Diskussion dieses heiklen Themas wird in entgegengesetzter Richtung wirken. Darum wäre es am besten, wenn das unglückliche Mißgeschick dieses Entwurfes eiligst wieder verschwände, noch ehe es imstande ist, ernstlichen Schaden anzurichten.

Sollte der Entwurf aber wirklich Gesetz werden — dann soll uns noch einer kommen und vom „sozialistischen Buchstausstaat“ reden!

### Eine stürmische Katholikenversammlung in der Kardinalresidenz.

Von Zentrumsanhängern unter furchtbarem Tumulte gesprengt wurde am Sonntag abend eine Katholikenversammlung, die vom schlesischen Führer der katholischen Aktion, Pater Nieborowski, ins St. Elisabethshaus einberufen war. Der Vortrag des geistlichen Herrn wurde durch Lärm fast unmöglich gemacht, und als er eine Ergebenheitsresolution für den Kardinal Kopp mit der Zustimmung zur Enzyklika singulari quadam verknüpfen wollte, entstand ein großer Tumult. Die Anhänger der christlichen Gewerkschaften sprangen auf die Stühle und schrien ihrem Priester zu: Demagogel! Gemeinheit! Reden Sie endlich die Wahrheit. Schließlich beantragten sie eine Zustimmungskundgebung für Dr. Porz, stimmten eigenmächtig ab und erklärten sie für angenommen.

Seite 8.  
uch & C  
getroffen:  
Wagen  
nder  
raut  
5  
n Wagen:  
nischer  
nkohl  
22  
r Wagen  
sta-  
pfeln  
35  
1.10  
uch & C  
Sekunden-  
richte Lirde  
herrlicher  
Planz!  
lal  
Crème  
ren-Hüte  
wie Konfirman-  
u. 50 P., 2 für  
eif. II. Emaille-  
zu verkaufen.  
rahe 33, Hof-  
ere!!  
ilmschwank  
eit  
7340  
nito  
4 Akten.

bei großem Krach auf der anderen Seite. Unter dem Krach: „Hoch Vorwärts, hoch das Zentrum!“ verließen nun die Christlichen unter ohrenbetäubendem Lärm das Lokal und machten dadurch die Fortdauer der Versammlung unmöglich. Beide Teile versicherten, von christlicher Liebe nichts gemerkt zu haben.

„Die weltlichen und geistlichen Stänker.“

Am Sonntag tagte im Städtischen Saalbau zu Essen eine große Protestversammlung des Zentrums. Hauptredner waren Geistlicher Rat Wacker und Oberlandesgerichtsrat Marx. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die von Tausenden treuer Zentrumsanhänger aus Rheinland und Westfalen besuchte Versammlung im Städt. Saalbau spricht dem Reichsausschuß der Zentrumspartei für seine von religiöser und vaterländischer Gesinnung getragene programmatische Erklärung ihre volle Anerkennung aus und dankt insbesondere für die unter Wahrung der bewährten Zentrumstraditionen erfolgte energische Zurückweisung der Quertreibereien und die Verteidigung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Pfarrer Wacker sagte nach dem ausführlichen Bericht u. a. folgendes:

Nachsit und Miße lassen sich nicht ausdehnen auf diejenigen, die unter allen Umständen gegen uns arbeiten wollen. Den Stänkern und Quertreibern gebührt nicht die Rücksicht, die wir dem ehrlichen Gegner und selbst dem ehrlichen Feind gegenüber schuldig sind. Was diese Quertreiber wollen ist nicht möglich für das Zentrum. Ist wiederhole, daß ich sie in ein ausnehme, sie mögen gestellt sein, so hoch wie sie wollen, sie mögen weltlichen Standes sein oder geistlichen. Ich füge sogar bei, die Quertreiber geistlichen Standes sind schwerer zu ertragen, als die weltlichen Standes, da die eine größere Verantwortung haben.

Man erkennt unschwer, daß sich diese saftigen Ausführungen in erster Linie gegen den Kardinal Kopp richten. Nichtlerikale sollten sich einmal erlauben, über einen hohen kirchlichen Würdenträger in dieser Weise herzufallen! — Bemerkenswert ist, daß kein Redner in der klerikalen Versammlung auf die so hochwichtig Kölner Kundgebung der Bischöfe einging.

Die Zentrumspartei von Berlin und der Provinz Brandenburg wird am Mittwochabend im Marinebau zu Berlin tagen. Redner sind Domprediger Leicht (Bamberg) und Frhr. v. Grentin. Letzterer behandelt das Thema: „Welche Kämpfe haben wir zu führen?“ Dieser Tagung wird Dienstagabend eine Versammlung der katholischen Arbeiter und Arbeiterinnen Groß-Berlins vorausgehen.

Leutnant und Lehrer.

Die Straßburger „Neue Zeitung“ schreibt: „Der peinliche Vorfall auf der Witscher Kaisergeburtstagsfeier, wo ein Leutnant einem Lehrer eine Ohrfeige versetzt hatte, ist durch Vergleich erledigt worden. Der Leutnant nahm die Beleidigung bedauernd zurück und zahlte eine Buße an das Lehrerverein.“

Die Ohrfeige, die der Leutnant „bedauernd zurücknimmt“, hat der Lehrer aber weg. Vielleicht bleibt er das nächstmal bei der Kaisergeburtstagsfeier zu Hause.

Ein Trick von August Thyssen.

August Thyssen ist nach der Familie Krupp wahrscheinlich der reichste Mann der Rheinprovinz. Zu seinen berühmten Transaktionen, bei denen dieser Paradies-Zentrumsmann sich durch seine Kapitalübermacht bei Beachtung des strengen Wortlauts des Gesetzes offensichtlich die größten Sonderborteile verschaffen konnte, gelangt sich folgendes neue Stücklein.

Zu Beginn des Jahres 1911 betrug das Aktienkapital der Gesellschaft für Hüttenbetrieb zu Duisburg-Meiderich 4,5 Mill. Mk., eingeteilt in 4500 Aktien zu je 1000 Mk. Hieron befaß die Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ (das ist August Thyssen) alle mit Ausnahme von neun, welche der Guten Hoffnungshütte gehörten. Dieser Besitz der Guten Hoffnungshütte war Thyssen unangenehm. Denn schon im Jahre 1906 hatten sich infolge dieses Aktien-

besitzes Differenzen bei der Benutzung eines Hafens ergeben, wobei die Gute Hoffnungshütte den Wünschen von Thyssen nicht entgegenkam. Ein Kauf der fehlenden Aktien war ausgeschlossen, weil sie nur gegen sehr hohe Entschädigung zu haben gewesen wären. Da verfiel Thyssen auf einen Ausweg. Bei Aktiengesellschaften, die sich schlecht rentieren, ist es zur Gesundung der Verhältnisse notwendig, daß das Aktienkapital „zusammengelegt“ wird. Um die Unterbilanz zu decken, muß jeder Aktionär auf einen Teil seines Besitzes, sagen wir z. B. auf ein Viertel, verzichten. Die Duisburger Hütte stand finanziell nicht schlecht da. Aber eine solche Zusammenlegung des Aktienkapitals kam vielleicht die unangenehme Konkurrenz hinausdrängen. Es wurde also eine Hauptversammlung der Aktionäre einberufen, die mit 4451 gegen 9 Stimmen beschloß, daß von 45 Aktien je eine vernichtet werden sollte. Falls ein Aktionäre weniger als 45 Aktien besitze, so sollten die in seinem Besitz befindlichen Aktien ver steigert und der Erlös ausgezahlt werden. Die Gute Hoffnungshütte flagte, dieser Beschluß solle, weil er gegen die guten Sitten verstoße, für nichtig erklärt werden. Die Generalversammlung habe nur den einzigen Zweck gehabt, sie herauszubringen, weil ja nur zwei Aktienbesitzer in Frage kämen. Das Landgericht Duisburg erkannte zugunsten der Klägerin, das Oberlandesgericht Düsseldorf und das Reichsgericht entschieden aber, die Differenzen, welche Thyssen schon im Jahre 1906 gehabt habe, seien ein hinreichender Grund für ihn gewesen, die Gute Hoffnungshütte mit allen Mitteln zu bekämpfen. Da gegen die Beschlüsse formal nichts einzuwenden sei, habe Thyssen in Wahrnehmung berechtigter wirtschaftlicher Interessen gehandelt und habe deshalb zu dem Hinzuwurf der Aktienminorität ein sittliches Recht gehabt.

Daß die große und kapitalreiche Gute Hoffnungshütte Mittel und Wege finden wird, um auf anderem Wege Herrn Thyssen wieder einen Streich zu spielen, braucht man nicht zu bezweifeln. Wenn aber an ihrer Stelle ein kleiner Kapitalist gestanden hätte, so wäre dieser, wie das Reichsgerichtsurteil zeigt, erbarmungslos der Gnade oder Ungnade des Multimillionärs ausgeliefert gewesen.

Die Fabrikinspektion vor dem bad. Landtag.

Nach einigen kurzen Ausführungen des Herrn Odenwald von der Fortschrittlichen Volkspartei und verschiedenen Bemerkungen des konservativen Fraktionschefs Banach kam in der gestrigen Sitzung die Regierung zum Wort. Minister v. Bodman kann sich für eine Dezentralisation der Gewerbeaufsicht nicht erwärmen und nimmt auch zur Frage der Revision der Betriebe eine andere Stellung ein als sie von unserer Seite Genosse Köch wünschte, obwohl auch der Minister eine Vermehrung der Beamten des Gewerbeaufsichtsamtes für notwendig hält. Einen Abbau der sozialen Gesetzgebung bestritt Herr v. Bodman, der meint, daß auch in dieser Hinsicht die Entwicklung nicht still steht, wenn sich auch die Gesetzgebungsmaschine verschmälern müsse. Gleich dem Minister wendet sich auch der Leiter der Fabrikinspektion, Oberregierungsrat Dr. Wittmann, der Behandlung verschiedener Anregungen zu, um dabei insbesondere gegen Bestrebungen Front zu machen, die der Arbeiterchaft — und auch der Fabrikinspektion — das Leben sauer machen. Der nächste Redner, Herr Hartmann vom Zentrum, machte verschiedene Bemerkungen über Unternehmertum und Lage der Tabakarbeiter, die mit der sonstigen Haltung seiner Partei zur Arbeiterchaft wenig in Einklang standen, um dann zum Schluß die Freien Gewerkschaften in Grund und Boden zu verdammen und zu Gunsten der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen ein heftiges Wonneliied anzustimmen. Nach einigen kurzen Ausführungen des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Gerber über die Verzelffrage bei der Durchführung der Reichsversicherungordnung wurde die Sitzung auf heute vertagt. Als erster Redner kommt Genosse Dötter zum Wort.

31. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 17. Februar.

Präsident Mohrburk eröffnet die Sitzung um 9.25 Uhr. Am Regierungstisch: Minister v. Bodman, Oberregierungsrat Wittmann.

Eingegangen sind Petitionen: des bad. Gastwirtverbandes um Aufhebung der Weinakzise und des Weinhandels; der Altpensionäre und Beamten-Hinterbliebenen um rückwirkende Regelung ihrer Bezüge nach den verbesserten Bestimmungen des Gesetzes vom 12. August 1908; des Bundes der Mannheimer Staatsbeamtenvereine um Gewährung eines höheren Wohnungsgeldes oder einer Ortszulage an die Staatsbeamten in der Stadt Mannheim; des Vorstandes des katholischen Lehrervereins um gehaltliche Gleichstellung der etatsmäßig angestellten Lehrkräfte mit den gleichwachtenden mittleren Staatsbeamten; des Vorstandes des katholischen Lehrervereins um Erhöhung der Bezüge der unständigen Lehrkräfte an den Volksschulen; des Verbandes deutscher Privatbahnbeamten, die Regelung der Anstellungs- und Dienstverhältnisse der Angestellten der badischen Privatbahnen betr.; des deutschen Verbandes und des badischen Landesverbandes der Krankenpfleger und -Pflegerinnen um Verbesserung der Lage des badischen Wärterpersonals; des Verbandes deutscher Kinderhorte um Bewilligung eines jährlichen Staatsbeitrags. Eingegangen ist eine neue Einladung des Oberbürgermeisters der Hauptstadt Mannheim zum Besuche der Stadt Mannheim zwecks Besichtigung städtischer Anlagen. Für die Einladung wird gebankt. Sie wird dem Ausschuß der Vertrauensmänner überwiesen. Weiter ist ein Antrag Bernauer (Zentr.) u. Gen., Einziehung von Ratsch in eine höhere Ortsklasse des Wohnungsgeldtarifs, eingegangen.

Präsident Mohrburk teilt mit, daß den Abg. Schell (Zentr.) ein Unfall hindert, den Sitzungen beizuwohnen und wünscht ihm baldige Genesung.

Fortsetzung der Beratung des Titels Gewerbeaufsicht und Durchführung der Reichsversicherungordnung.

Abg. Odenwald (F. Sp.): Mit der Erweiterung der Gewerbeaufsicht mühte auch die Zahl der Beamten erhöht werden. Die Umwandlung von nichtetatmäßigen Beamtenstellen in etatsmäßige wird begrüßt. Der Aufsichtsbeamte soll sich nicht nur mit den Arbeitern auseinandersetzen, sondern auch mit den Unternehmern, da er nur hierdurch Klarheit bekommen kann. Die Tätigkeit der Gewerbeaufsicht gab im Pforzheimer Bezirk zu Klagen keinen Anlaß. Der Rückgang in der Beschäftigung der Pforzheimer Industrie rührt von den südamerikanischen Staaten, von den Verhältnissen in Mexiko und von Brasilien her. Die Strafen wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung sind zurückgegangen. Wenn der Aufsichtsbeamte auf den Unternehmer einwirkt und nicht gleich mit Strafen kommt, so bringt dies das beste Resultat. Die Arbeitsverhältnisse usw. in den Pforzheimer Betrieben haben sich gebessert. Mit der Ausbildung von Sanitätssoldaten für die Betriebe sind anderweit gute Erfahrungen gemacht worden; vielleicht entschließt sich auch die badische Regierung zu einem Versuch. Mit der Einführung der Reichsversicherungordnung ist ein großes soziales Werk geschaffen worden, bedauerlich ist nur, daß die große Zahl der Vorschriften es dem Laien schwer macht, sich zurechtzufinden. Auch die Ausführungsbestimmungen der Reichsversicherungordnung haben Mängel. Den Ausführungen des Berichterstatters Böttger kann ich mich vielfach anschließen.

Abg. Banach (Konf.) bemerkt, daß zu viel Beaufsichtigung auch nicht gut ist. Der Arbeiter ist besser daran, als der Arbeitgeber. Die kleinen Betriebe sollten vom Gewerbeaufsichtsamt mehr berücksichtigt werden und ihnen nicht gleiche Vorschriften wie den großen Betrieben gemacht werden. Der Redner trägt verschiedene Fälle vor, in denen sich Gewerbetreibende gegen die Vorschriften der Gewerbeaufsicht wendeten. Andere Sicherheitsmaßnahmen werden vom Redner begrüßt. Eine Arbeitslosenversicherung wäre eine Prämie für ... (Präsident Mohrburk: Hierüber liegt ein besonderer Antrag vor.)

Minister v. Bodman dankt für die Anerkennung, die der Gewerbeaufsicht und dem Leiter dieser Institution geworden ist und schließt sich dem Lob an. Wenn man mit dem Leiter der Gewerbeaufsicht und den Beamten zufrieden ist, so muß man sich fragen, ob diese Vorgänge erhalten bleiben, wenn die Beamten nicht mehr einheitlich an einer Stelle beisammen sind und über das Land verteilt wären. Ist die Dezentralisation abgelehnt, so lange der Apparat nicht so groß geworden ist, daß er nicht mehr von einer Stelle aus bewältigt werden kann. Was die Zahl der Revisionen betrifft, so wünscht Abg. Köch eine einmalige Kontrolle im Jahr, während Abg. Niederbühl von einer häufigen Revision eine Beunruhigung der Betriebe befürchtete. Man sollte diese Frage dem Leiter der Gewerbeaufsicht überlassen, der weiß, wie

Tantchen Rosmarin,

oder: Alles verkehrt.

3 Humoreske von Heinrich Böhcke.

(Fortsetzung.)

Pompejus der Kleine.

Doch ungeachtet dieses Eifers ging der Prozeß sehr unangenehm Schritt, weil der Beflagte in Benedig und Rom spazieren ging, und man notwendig doch seine Erklärung über die ihm gemachten Anschuldigungen erwarten mußte.

Unterdessen vermehrte sich die Familie zu Nieder-Jahren mit einem kleinen Liebesgott, der vorher nie da gewesen war, ein Grübchen im Sinn hatte, wie ein gewisser Spaziergänger, und diesem, nach Aussage der Kenner, bis auf die vier, fünf oder sieben Fingerringe und den Wadenbart, vollkommen ähnlich sah. Suschen war eine liebliche Mutter, und schwamm beim Anblick ihres Kindes in tiefer Seeligkeit. Ihr höchster Wunsch war erfüllt. Sie hatte sich noch nie so sehr nach einem Manne, als nach Mutterfreuden gesehnt. Die nun zur Großtante emporgesteigerte Tante Rosmarin fand das freilich außer aller Ordnung; auch konnte sie nicht umhin, bei dem Gedanken an ihre Großtantenchaft zuweilen die Miene gar bitterlich zu verziehen — allein es war nun einmal so, und mit der Zeit gewöhnte sie sich auch daran, oder, wie sie es nannte, siegte die Kraft ihrer Grundfälle.

Der Pfarrer Großhontel taufte den Großneffen. Man beschloß, ihn in dem heiligen Sakrament, nach dem Taufnamen seines Vaters, kurzweg Pompejus zu heißen, und den Geschäftsnamen einzuweihen so lange zu vertagen, bis der Prozeß, und mit ihm zugleich entschieden sein würde, ob es ein Pompejus von Malzen oder Nieder-Jahren sei?

Während nun Pompejus der Kleine täglich an Weisheit und Verstand zunahm, erschien auch Antwort aus Rom von Pompejus dem Großen. Sein Brief war zwar nicht im Geschmack des alten Herrn Baron, aber noch weniger im Geschmack der Tante Rosmarin. Doch ward er, vielleicht eben deswegen, ad acta gelegt, und Advokat Kurz-

bein wie der Justitiarius von Malzen, sein Todfeind, fanden darin Wille genug zu zupfen, und den Prozeß in beliebige Länge zu spinnen.

Der junge Baron in Rom erklärte nämlich ganz freimütig und wiederholt, und das war nicht der Geschmack des alten Herrn und seines Justitiarius, er erinnere sich gar wohl, sich mit einem Mädchen auf einer Hochzeit zu Waidlingen vergangen zu haben; geteibe aber, daß er eher der Verführte, als der Verführer gewesen sei; daß er die Person weder vorher noch nachher weiter gesehen habe; daß die gleiche Person ihm wegen ihrer blöden Tugend sehr verdächtig geworden sei; daß ihm noch nicht bewiesen sei, er und kein anderer wäre der Vater; endlich aber: daß er sich dieses Vorfalls von Herzen schäme, und wünsche, man möge die Person, je eher, je lieber, mit einem Stück Geldes abfinden, um kein Aufsehen zu erregen.

Auf diesen Brief hin, der die Hauptsache eingestand, ward nun der Prozeß mit ungemainer Erörterung fortgesetzt. Tante Rosmarin entfaltete dabei ihren ganzen Stolz. Sie ließ dem alten Herrn Baron, der mehrmals gültliche Vorschläge machen wollte, sagen: es sei ihr nicht darum zu tun, sich in die Familie des Herrn Baron einzudrängen, aber sie wolle ihre Rechte vor der Welt wieder zu Ehren und ihren Großneffen zu einem anständigen Namen bringen — und sollte es mehrere tausend Dukaten kosten. Sie wäre gar nicht gekommen, dem Herrn Baron, der außer seinem papiernen Stammbaum mehr Schulden als Güter hätte, ihre Rechte zur Gemahlin zu geben. Sie betrachtete dies für ihr Haus als wahre Wesalliance, und er wäre nicht der erste Edelmann, welcher vielleicht Lust haben könnte, in Gesellschaft seiner sechzehn Ahnen nach den vollen Geldbüsten einer reichen und schönen Bürgerin zu angeln. Man wisse heutzutage sehr gut, was armer Adel wert sei; man borge auf ein pergamentenes Geschlechtsregister, das bis zu Adam und Eva hinaufreichte, keinen halben Gulden, da man hingegen um ein paar hundert elende Goldstücke das Adelsdiplom überall einkaufen, und den besten Stammbaum malen lassen könne. Aus diesen Gründen beharre sie darauf, Herr Pompejus Baron von Malzen

müsse schlechterdings in aller Form ihrer Rechte feierlich angetraut, und drei Tage nachher wieder in aller Form richterlich von ihr geschieden werden, so daß sich jeder Teil, wann es ihm beliebt, anderweitig vermählen könne.

Dieser hohe Ton, den Tantchen Rosmarin anstimmte brachte den alten Herrn fast zum Rasen, und um so mehr, da er wohl bemerkte, daß diese Frau, von der er ehemals in seinem Schlosse nie Kunde genommen, vermöge ihres Reichthums größern Einfluß im Gericht, als er, hatte. Er würde, da er sich über die Eigentümerin von Nieder-Jahren bessere Nachrichten erworben, vielleicht um bösen Spiel lustige Miene gemacht, und wohl gar — denn Malzen war in der Tat schwer verschuldet — in eine Wesalliance mit der begüterten Bürgerstochter gewilligt haben. Aber die Vorkäufte, die Tantchen sie ihm sandte, das Bistige, Giftige ihrer Anspielungen, und dann der bürgerstolze Zusatz, daß sie eine solche Heirat für Mißheirat halte, und daher drei Tage nach der Heirat Scheidung begebre — das war ihm des Trostes zu viel.

Er bot nun Himmel und Hölle auf, die Absichten seiner Gegnerin zu zerschanden zu machen. Er spendete Geld links und rechts; Tantchen aber immer die Hälfte mehr, als er. Bei der Wichtigkeit ihrer Gründe entschied sich nach Verlauf eines Jahres in zwei Instanzen die Sache zu ihren Gunsten. Der Prozeß ward zur dritten Instanz gebracht. Herr Advokat Kurzbein lächelte höhnisch dem Justitiarius Spott zu. (Fortf. folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Freitag, 20. Februar. B. 40. „Der Barbier von Bagdad“, Kom. Oper in 2 Akten von Cornelius. Anfang 7/8, Ende 10/12 Uhr.

Samstag, 21. Februar. C. 38. Zum erstenmal: „Rur Rube!“ Poffe in 3 Akten von Johann Nestroy, für die moderne Bühne bearbeitet von Leo Wlinski, Musik von Wenzel Müller. Anfang 7/8 Uhr.

In Baden-Baden: Mittwoch, 18. Februar. 21. Aborff. „Wallensteins Tod“, dramatisches Gedicht in 5 Akten von Schiller. Anfang 6 Uhr, Ende 10 Uhr.

oft bei dem einen oder anderen Betrieb eine Kontrolle nötig ist. Nicht zugeben kann ich, daß wir hinter anderen Ländern in der Revision zurückstehen; denn die Zahl der Betriebe ist das Entscheidende, und hierin stehen wir über dem Reichsdurchschnitt. Die Zahl der Revisionen hat beträchtlich zugenommen und hat sich seit 1907 um 163 Prozent gesteigert. Vom Vorstand der Gewerbeaufsicht wird mir bestätigt, daß die Beamten an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Ich würde es daher begrüßen, wenn eine Vermehrung der Beamten im nächsten Voranschlag erfolgen würde. Es sind bisher schon Beamten aus dem gewerblichen Beruf hervorgegangen, was auch in der Folge der Fall sein wird. Die akademisch gebildeten Beamten sind jedoch nicht entbehrlich. Mit den Wünschen, auch weiterhin mit dem Jahresbericht einen Sonderbericht herauszugeben, bin ich einverstanden. Ebenso mit dem Wunsch des Abg. Nösch, im Jahresbericht auch einen Blick auf die Lebensmittelsteuerung zu werfen. Ich hoffe, daß sich dabei zeigen wird, daß die Löhne mehr gestiegen sind, als die Lebensmittel. Dem Wunsch auf größerer Verbreitung des Jahresberichts siehe ich sympathisch gegenüber. Wenn der Abg. Banjchbas sich über einzelne Dinge bei der Kinderarbeit beschwert, so handelt es sich eben um den Grund, daß Steinlophen keine Kinderarbeit ist. Der Frage der Güteförmigkeit hat die Regierung Beachtung geschenkt und diesbezügliche Anweisungen erlassen. In seinem eingehenden Bericht, der recht interessant ist, hat die Landesregierung beleuchtet, hat Abg. Nösch verschiedene Fragen der Landesversicherungsordnung und der Landesversicherungsanstalt behandelt. Im Jahre 1912 waren in Baden 900 polnische Arbeiter beschäftigt und verifiziert. Gegen die Auswanderung nach Brasilien haben wir Warnungen ergehen lassen. Die Kosten der Revision des Versicherungsamts müssen in ganz bestimmten Fällen im Voraus bezahlt werden. Bei der Unterbringung von unheilbaren Lungenerkrankten sind Schwierigkeiten. Durch das Zusammenwirken der verschiedenen Faktoren ist ein wesentlicher Rückgang zu verzeichnen. Die Ausführungen des Abg. Nösch treffen, soweit er die Abg. Vuj zitiert, heute nicht mehr zu. Die Tatsache, daß viele Arbeiter nicht in den Landtagen sitzen können, hängt mit äußeren Verhältnissen zusammen, die auch für andere Berufsgruppen zutreffen. Von einem Abbau der sozialen Gesetzgebung ist keine Rede, jedoch insofern von einem Stillstand, als die Gesetzgebungsmaschinerie jetzt etwas verstaubt haben muß, wobei ich mich auf den Staatssekretär des Innern beziehe. Der Beamte und die Verwaltung bedarf auch einer gewissen Ruhe, um sich einzustellen. Die soziale Gesetzgebung steht nicht still und schreitet vorwärts. Was ich dazu beitragen kann, werde ich gerne tun. In der Frage des Geburtserückgangs erlebe ich die Regierung ein Minderwunder, als die Bezirksärzte, worin Bericht über diese Frage, vor allem auch in bezug auf die hierin berührten Bevölkerungsziffern, die Ursachen usw. gewünscht wird. Bei der Feststellung wird objektiv verfahren werden.

**Oberregierungsrat Dr. Wittmann:** Ich habe mich bemüht, einen Fabrikanten von der Notwendigkeit, italienische Arbeiter anzustellen, abzubringen; hatte jedoch keinen Erfolg. Die Auswanderung von Robotern bei der Hausindustrie ist mangels einer entsprechenden Verordnung nicht möglich. Vernehmungen über die Verhältnisse der Hausarbeiter erfolgen heute schon. Der Abbau des Hausstrangs bei den Brauereiarbeitern ist von der Fabrikinspektion seit Jahren Aufmerksamkeit geschenkt worden und vielfach eine Ablösung durchgeführt worden. In 16 Brauereien ist der Hausstrang noch nicht beseitigt. Die gewünschte Monographie über das Brauergewerbe liegt bereits ausgearbeitet in meinem Bult. Erfreulich ist die Anerkennung der Tätigkeit der Gewerbeaufsicht. Von einer Parteinarbeit der Gewerbeaufsicht kann keine Rede sein; sie richtet ihre Tätigkeit auf das Volkswohl. So lange man von dem Gesetz nicht sagen kann, es sei eine Partei, so lange kann man dies auch nicht von der Gewerbeaufsicht sagen. In diesem Sinne werde ich mein Amt erfüllen. Die Minderheitsbestrebungen der Arbeiter unterstützen wir in jeglicher Weise. Wenn man jedoch heute von Minderheit spricht, so wird vielfach damit nicht nur der Genuß geistiger Getränke gemeint, sondern auch der Fleischgenuß. Die Empfehlung von Brot, Hülsenfrüchten findet man häufig als ein soziales Rezept. Es ist aber nicht richtig, zu sagen, daß die Arbeiter für Genußmittel wie Bier usw. mehr ausgeben, als sie bei ihren Verhältnissen können. Die Fleischwarenentwertung hat zugenommen. Diese Bewegung taugt aber nicht für alle. Ich meine, daß für einen Arbeiter, von dem täglich eine größere Arbeitsleistung verlangt

wird, der tägliche Fleischgenuß unumgänglich notwendig ist. Der Anreiz bezüglich Sanitätskolonnen werde ich Folge leisten.

**Abg. Garmann (Zentr.):** freut sich, daß sich das Verhältnis der Beamten der christlich-nationalen Arbeiterschaft zur Gewerbeaufsicht gebessert hat. Die Arbeitgeber sind schon in gewissem Maße zu den Ansprüchen mit der Gewerbeaufsicht beigezogen, so daß sie sich hierüber nicht beschweren können. Bedauerlich ist die Mahregelung von Arbeitern wegen Melbungen an die Gewerbeaufsicht. Das Straffsystem in der Zigarrenindustrie verdient Beachtung. Gleiches gilt von den Lehrverträgen in dieser Branche, die zu großen Bedenken Anlaß geben. Die gesundheitlichen Verhältnisse der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen verlangen Verfüzung ihrer Arbeitszeit. Die Löhne der Arbeiter in der Tabakindustrie sind nicht so hoch gestiegen als die Steigerung der Lebensmittelpreise beträgt. Trotzdem weisen die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter zurück. Der Standpunkt der Arbeitgeber, die Lohn-erhöhungen nur nach einem Kampfe zu gewähren, ist bedauerlich. Wenn die Arbeitgeber die Arbeiter in Lohnkämpfe hineintreiben, so dürfen sie ihnen auch keine Vorwürfe machen, wenn sie streiken. Von den Sozialdemokraten werden uns immer Vorwürfe gemacht, wir würden Arbeiterzerpflüzung treiben; von den von den Unternehmern gegründeten gelben Organisationen werden uns ebenfalls Vorhaltungen gemacht. Gleiches gilt auch von den Evangelischen und auch von den Ueberfallpartei. Dies ist der beste Beweis, daß wir richtig arbeiten. Die freien Gewerkschaften stehen unter der Parteiherrschaft der Sozialdemokratie. Die Arbeitgeberverbände stehen auch nicht mit politischen Parteien in Verbindung. Die Zerpfliung der Arbeiterbewegung bedauern wir. Eine Einigung ist jedoch ausgeschlossen. Der Sozialismus, wie ihn Abg. Kolb schilderte, ist nicht vorhanden. Man sollte nicht mit solchen Märgen kommen (Präsident Rohrbach: Sie dürfen nicht von Märgen reden. Auch ich Sie, nicht wieder in die politische Debatte einzutreten.) Es wurde bestritten, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften einen revolutionären Charakter haben. Ich siehe auf andern Standpunkte und meine, daß die Sozialdemokratie einen revolutionären Charakter infolge ihrer theoretischen Grundlagen haben muß. Durch das Anwachsen der Sozialdemokratie sind die Freunde der sozialen Gesetzgebung ins gegnerische Lager abgerückt. Es wird jetzt von den verschiedensten Seiten auf den Abbau der sozialen Gesetzgebung hingedringt. Dies zeigt sich bei den Bestrebungen auf Einführung eines Arbeitswilligkeitsgesetzes. Dies ist unnötig, wie schon Abg. Kolb meinte. Auch wir wollen den Schutz der Arbeitswilligen, aber nach jeder Seite hin, damit auch das Koalitionsrecht gegen die Unternehmer gesichert wird. Vorkommende Terrorismustakte beurteilen wir aufs schärfste; von anderer Seite hat man sich noch nicht zu diesem Standpunkt aufschwingen können. Auf Abschluß von Tarifverträgen drängen wir. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften sind bestrebt, die Tarifverträge zu monopolisieren. Der Gedanke der Tarifverträge wird von einzelnen sozialdemokratischen Blättern, wie die „Leipziger Volkszeitung“, bestritten. Bedauerlich ist, daß in dem neugegründeten Kartell der sächsischen Städte, der Arbeiterland nicht vertreten ist. Ich möchte da die Frage stellen, haben denn die sozialen Lasten unserem Wirtschaftsleben geschadet? Dies ist nicht der Fall. Man sollte daher nicht immer mit Vorwürfen über die soziale Gesetzgebung kommen. Die Arbeiter sind es, die den Kleinverbreitenden zu ihrem Fortkommen helfen. Es gibt allerdings auch Auswüchse wie Simulation bei der sozialen Gesetzgebung, die zu bedauern sind. Solche Auswüchse gibt es jedoch auch bei anderen Ständen. Wenn die deutsche Arbeiterschaft vorwärts kommen will, so würde ich es immer noch nicht als einen Idealzustand empfinden, wenn die Sozialdemokratie von ihren revolutionären Ideen abkommt. Denn dann müßten sich die anderen Stände auch gleich dem Arbeiterstande zusammenschließen. Die Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist daher nötig zur Ueberwindung der Sozialdemokratie.

**Abg. Dr. Gerber (natl.)** äußert sich zur Frage der Sanitätskolonne in den Fabriken, die sich behaupt haben. Bei der Durchführung der Reichsversicherungsordnung spielte vor allem das Verhältnis von Ärzten und Krankenfassen eine große Rolle, wobei jetzt endlich eine Einigung erzielt wurde. Der Arztstand hat insofern Ueberfüllung seit vielen Jahren schwer zu kämpfen. Insbesondere in den großen Städten gibt es eine große Anzahl von Ärzten, die sich kümmerlich ernähren müssen. Die Einführung der freien Arztwahl bedeutet daher eine bittere Notwendigkeit. Erfreulich ist, daß jetzt

endlich der Friede hergestellt wurde, da der Kampf große Schäden mit sich gebracht hätte. M. E. fehlte es besonders in Norddeutschland an einem rechtzeitigen Einschreiten der Verwaltungsbehörden. Von einer Kampfstellung wie im Norden war bei uns in Süddeutschland keine Rede. Man war sich der Verantwortung bewußt und ging rechtzeitig an die Vorbereitungen. Wenn es da und dort jetzt noch nicht klappert, so fehlt es lediglich an dem guten Willen. Bei der ganzen Angelegenheit gab es weder Sieger noch Besiegte, und wir können uns des 10jährigen Friedens, der jetzt eintritt, freuen.

Eingegangen ist ein Antrag Belzer (Zentr.) und Genossen Grundbuch Biff. 3 betr.

Vom Staatsministerium ist eine Mitteilung eingegangen, in der für die gestern ausgeprochene Teilnahme aufrichtiger Dank übermittelt wird.

Nächste Sitzung: Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Tagessordnung: Fortsetzung der Beratung der Gewerbeaufsicht sowie Landesstatistik und Gewerbebeförderung.

Schluß der Sitzung: 11 Uhr.

**Die Budgetkommission**

setzte gestern nachmittag die Beratungen über das Budget des Unterrichtsministeriums fort. Auf eine Anfrage erklärte die Regierung, daß die Erfahrungen mit dem Zugang von Mittelschülern in die Lehrerseminare im allgemeinen gute sind. Die Gefahr einer Ueberproduktion der seminaristisch gebildeten Lehrer sei nicht von der Hand zu weisen. Man habe, um dieser Ueberproduktion vorzubeugen, die Zahl der zu den Kursen zugelassenen Jöglinge auf 30 bezw. in den unteren Kursen auf 25 festgesetzt. Die Zahl der Jöglinge an den Vorseminaren beträgt zurzeit 451, darunter 19, die aus der Volksschule und 140, die aus den höheren Schulen hervorgegangen sind. Bei den Vorseminaren beträgt die Zahl der Jöglinge 1311, darunter 584, die aus der Volksschule und 706, die aus den höheren Schulen hervorgegangen sind. Insgesamt sind an den Volksschulen auf dem Lande 4458 und bei den Volksschulen der Städteordnungsstädte 1456 Lehrkräfte tätig. Auf eine Anfrage, ob der Seminarlehrplan demjenigen der Mittelschulen angepaßt werde, erklärt die Regierung, daß der Seminarlehrplan zwar teilweise der Reform bedürfe, daß er aber dem Zugang von Jöglingen aus der Volksschule angepaßt bleiben müsse, um diesen Zugang nicht zu verschließen. Der Forderung, daß die Volksschullehrer Uebertätigkeit bilden sich erwerben, sieht die Regierung sehr skeptisch gegenüber. Aus der Mitte der Kommission wird davor gewarnt, die Bestrebungen des Lehrstandes nach einer höheren Bildung lediglich auf materielle Gründe zurückzuführen. Ferner wird der Wunsch geäußert, in den Lehrerbildungsanstalten keine Praktikanten, sondern nur etatmäßige Lehrer zu beschäftigen. Die Regierung erklärt, dieser Wunsch sei praktisch nicht gut durchführbar. Die Doppelkurse an diesen Anstalten werden, sobald die nötige Zahl der Lehrer vorhanden sei, beseitigt werden.

Bezüglich der Lehrerinnen erklärt die Regierung, daß der Zugang viel größer sei, als der Bedarf, allerdings sei auch der Abgang ein sehr starker. Das Verhältnis der Zahl der Lehrerinnen zur Zahl der Lehrer in den Städten könne nicht weiter zugunsten der Lehrerinnen verbessert werden. Die Gründung eines besonderen staatlichen Lehrerinnenseminars hält die Regierung nicht für zweckmäßig. Das Budget der Mittelschulen wird genehmigt. Das Budget der Volksschulen weist eine Vermehrung der Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen in den Städten der Städteordnung von 1282 auf 1456, an den übrigen Volksschulen von 2887 auf 3027 auf. Die Hauptlehrerinnen für den Unterricht in der weiblichen Handarbeit und der Haushaltungskunde werde von 112 auf 150 vermehrt. Für die Fortbildungsschullehrer sollen besondere Kurse eingerichtet werden, die in anderen Staaten bereits eingeführt sind und sich gut bewährt haben. Diese Kurse sind nach Ansicht der Regierung im Hinblick auf die bevorstehende Reform der Fortbildungsschule sehr wünschenswert. Die Kurse sollen auf 5 beschränkt werden und zwar auf die wissenschaftlichen Grundlagen der Landwirtschaft auf den Obst- und Gemüsebau sowie die Schädlingsbekämpfung, auf die Buchführung, die Bürgerkunde (Versicherungswesen usw.) und die Methodik der Fortbildungsschullehre. Am ganzen sind 20, höchstens 25 Kursteilnehmer mit täglich 5 Unterrichtsstunden vorgesehen. Auf eine Anfrage, ob nicht beschäftigt sei, den Lehrern für die Hilfsklassen für geistig zurückgebliebene Schüler eine bejonere Ausbildung zuteil werden zu lassen,

**Michelangelo Buonarroti!**

Zum 360. Todestage des Meisters am 18. Februar.

Die Geburt des modernen Kapitalismus fällt in die Zeit am die Wende des 14. Jahrhunderts, als der Weltmarkt zunächst durch den überseeischen Verkehr mit dem Orient von Unteritalien aus sich nach Norden auszudehnen beginnt. In der Form des Kaufmannskapitals bringt er bis dahin ungeahnte Schätze in Umlauf, um seinen Siegeszug durch die ganze Welt anzutreten, überall die Stellung des uralten Feudalismus untergrabend. Gewalt und die gemeinsten Verbrechen waren seine Geburtsheifer.

Eine ganz neue Weltanschauung kam auf. Die zur Macht gelangten Handelsherren wußten mit der überliefernten Ideologie des früheren Mittelalters nichts anzufangen: die neue Produktionsweise bedurfte einer neuen Weltanschauung, einer neuen Kunst und Wissenschaft. Aber sie brauchte sich alles das nicht erst mühsam zu schaffen. Sie fand es in Italien vor in den Resten der antiken Kultur, die sie nur auszubauen brauchte, und das tat sie, denn darin beruht das Wesen der italienischen Renaissance des 14. und 15. Jahrhunderts. Die Wiedergeburt der Kultur des Altertums war der geistige Ausdruck des Aufstiehs der italienischen Handelsstädte.

Eine Geschichte von Intrigen, Mord und Verrat ist es, die sich in den Städten Italiens im Zeitalter der Renaissance abspielt. Kein bedeutender Mann starb damals, dessen Tod nicht zum Gerücht eines Verbrechens, eines Giftmordes Anlaß gegeben hätte. Nur der Betrüger wurde verachtet, der sich selbst überlistet und betrogen ließ. Die Scham war in des Wortes wahrer Bedeutung zu den Stunden entflohen. Es war die Zeit, in der die Predigten Savonarolas die demokratische Opposition aufrief gegen die Verwundungsfucht der aristokratischen Familien, vor allem der Medici. Er mußte seine Verwegenheit auf dem Scheiterhaufen mit dem Leben bezahlen.

Und auf diesem politisch so widerwärtigen, von Blut getötetem Hintergrunde erhob sich die höchste Blüte italienischer Kunst, die der Hochrenaissance. Bewegt rief ein bürgerlicher Viktor aus: „... und gerade die Geschichte dieser Dinge (der Intrigen und Verbrechen der sich beschreibenden Stände) von hohem Glanze umgeben!“ Das ist nicht weiter verwunderlich. Gerade auf dem Hintergrunde gewaltiger Klassenkämpfe, wenn alle schöpferischen Kräfte aufs höchste angepannt sind, muß auch die Kunst gewaltige Gipfel erstreben und so wird auch eine hohe geistige Kultur erst aus tiefstauwüchsenden politischen und sozialen Kämpfen herausgeboren. An Beweisen für diese Wahrheit fehlt es nicht. Der größte ist die italienische Renaissancezeit selbst; man betrachte ferner die Zustände des alten Athens und Roms, die Zeit um die französische Revolution usw.

Eine große Anzahl der italienischen Dichter aus der Zeit der Renaissance zählt zu den weltbedeutenden, so Dante, Petrarca, Boccaccio, Machiavelli u. a. Nicht minder berühmt sind die Künstler dieser Tage, von denen alle an schöpferischer Potenz der Maler, Architekt, Bildhauer und Ingenieur Michelangelo Buonarroti übertrug.

Von seinem reichbewegten und langen Leben sei hier nur das wesentlichste mitgeteilt. Am 6. März 1467 zu Caprese bei Florenz als Sohn eines angesehenen Adligen geboren, war er von seinem Vater — einem höheren Beamten — zum Gelehrten bestimmt worden. Aber sein früher sich regendes Talent bestimmte den Vater, ihn im Alter von 13 Jahren auf drei Jahre zu den Meistern Domenico und David Ghirlandajo in die Lehre zu geben. Ihre Verwunderung über das Talent des Schülers wandelte sich bald in Reid und noch vor Ablauf des Lehrvertrages stießen sie ihn von sich. Lorenzo von Medici nahm sich Michelangelos an. Im Garten der Medici zu San Marco, wo Lorenzo die ausgegrabenen antiken Statuen hatte aufstellen lassen, bekam Michelangelos Talent die entscheidenden Einbrüche.

Die politischen Wirren, die mit dem Tode Lorenzos 1492 über Florenz hereinbrachen, machten dem bescheidenen Kunststudium Michelangelos sehr bald ein Ende. Er flüchtete nach Venedig und von dort nach Bologna, wo er im Hause eines angesehenen Bürger Beschäftigung und Unterkunft fand. Eifersucht und Haß der einheimischen Kunsthandwerker, die ihm seine Aufträge nicht gönnten, trieben ihn aber bald wieder von Bologna fort; er kehrte in die Vaterstadt zurück, die er verwüßt und verödet vorfand.

Da erhielt er — 1496 — vom Kardinal Raphael Riario einen Ruf nach Rom. Er nahm ihn an und erklomm in Rom die höchsten Höhen seiner Kunst, um zugleich sich als Mensch tiefste Demütigungen von den Gewalttätigen gefallen lassen zu müssen.

1501 beginnt er im Auftrage der Florenger Wollenweberzunft die Arbeit an seinem „David“, der wohl die ideale und vollkommene Jünglingsgestalt aller Zeiten darstellt. 1504 ward das aus einem gewaltigen Marmorblock herausgehauene Werk vollendet. Papst Julius beauftragte ihn nun mit der Ausführung eines Grabmals, kam aber seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nach, jedoch Michelangelo die Arbeit liegen ließ und nach Florenz zurückkehrte. 1508 löst er sich mit Julius wieder aus und beginnt die Ausmalung der Decke in der Sixtinischen Kapelle. Er schuf mit diesen Deckengemälden Meisterwerke, die ihresgleichen in der Kunst nicht haben. Obwohl religiöse Motive zur Darstellung kamen, gab er den Menschenleibern solche friedliche, Natürlichkeit und Fleischlichkeit, daß sie nichts als überirdischen, übernatürlichen Wesen zu tun haben und farbengläubende Vögelänge auf natürliche Menschenschönheit und Sinnlichkeit sind.

Als nun Michelangelo nach Beendigung der Arbeit in der Sixtinischen Kapelle an die Herstellung des Grabmals für Julius II. gehen wollte, starb dieser. Der neue Papst Leo X. verbot ihm die Vollendung des Werkes und schickte ihn nach Florenz mit dem Auftrage, die Fassade der Lorenzo-Kirche auszu-

malen. — Nun schickt ihn die päpstliche Laune bald da, bald dort hin. In Florenz, in Rom, in Venedig — überall schafft Michelangelo an seinen unsterblichen Werken. In Florenz vollendet er das Grabdenkmal der Medici, in Rom die Statue des „Moses“ und ferner das wundervolle Altargemälde der Sixtinischen Kapelle, „Das jüngste Gericht“. 1534 schuf er als eines seiner großartigsten Werke die Kuppel der Peterskirche in Rom, in der das architektonische Streben der Renaissance ihren vollendeten Ausdruck fand.

Am 18. Februar 1564 ist Michelangelo, betrauert von seiner Zeit, in Rom gestorben. In der Florentiner Kirche Santa Croce, der Westminsterabtei Italiens, ruhen seine Gebeine neben denen Machiavellis, Galileis und Alfieris.

**Theater und Musik.**

**Hoftheater Karlsruhe.**

Statt „Hoffmanns Erzählungen“, wie ursprünglich angekündigt war, brachte der Sonntagabend eine Aufführung von „Lohengrin“ von Richard Wagner. Selbstverständlich mit Gästen, dieses Mal waren es nur drei. So bedauerlich es an und für sich ist, daß es schlechterdings unmöglich ist, sowohl das einmal angelegte Repertoire einzuhalten wie auch einmal eine Aufführung mit nur einheimischem Personal herauszubringen, so kann man sich immerhin doch freuen, wenn wenigstens eine gute Vorstellung herauskommt. Und das war am Sonntag der Fall. Die Aufführung konnte nach jeder Richtung hin befriedigen. Als Lohengrin erschien Herr A. Corfield vom Mannheimer Hoftheater, um für der des Brudermords angelegten Elsas Ehre zu kämpfen. Der Gast ist eine recht sympathische Erscheinung, vielleicht dürfte er als „Lohengrin“ etwas männlicher erscheinen. Er bewältigte gefanglich und darsellerisch seine Partie recht gut, er wußte mit seinen schönen Stimmteilen sorgfältig hauszuhalten, manchmal vielleicht zu sehr, jedoch was die prächtig gesungene Walzerarie nicht ganz für das vorher Vermittelte zu entschädigen vermochte. Dem herzlichen Beifall, den der Sänger fand, möchten wir dennoch auch unsere Anerkennung anfügen. Sein streitbarer Gegner Telramund war ebenfalls ein Gast aus Mannheim, Herr Kromer, der im ganzen eine schöne, aber unübte, gefanglich aber durchaus hervorragende Leistung bot. Seine dämonische Weib verkörperte der dritte Gast, Frau Gerstorf, gleich vorzüglich in Gesang und Spiel, namentlich im zweiten Akt, im ersten vermischen wir leider ihre darsellerische Teilnahme, sie trat da zu sehr in den Hintergrund. Was sie mit Herrn Kromer im ersten Teil des zweiten Aktes bot, war entschieden der Höhepunkt der ganzen Aufführung. — Die Besetzung der übrigen Rollen war die gewöhnliche. Das Publikum lachte nicht mit Beifall und zeichnete Gäste und Einheimische mit zahlreichen Hervorrufen nach jedem Akte aus. Wegen der Korbtrauer bleibt das Hoftheater bis auf weiteres geschlossen.

erklärt die Regierung, daß dafür Mittel noch nicht vorgesehen sind, daß sie aber bereit sei, im nächsten Budget solche anzufordern.

Die Kommission für Justiz und Verwaltung verhandelte in ihrer gestrigen Sitzung über den Antrag betreffend die Errichtung eines staatlichen Submissionsamtes. Die Regierung erklärt, sie könne diesem Verlangen keine Folge geben, dagegen sei sie gerne bereit, der Errichtung von Submissionsämtern seitens der Handwerkskammern jede Unterstützung zuteil werden zu lassen. Die Kommission stimmt dieser Auffassung bei und lehnt den Antrag auf Errichtung eines staatlichen Submissionsamtes ab.

Badische Politik.

Stichwahlabkommen des Zentrums mit der Sozialdemokratie.

Aus Offenburg schreibt man uns: Eine Virtuosität im berichtigten Rechten die Zentrumsagitatoren, die man wahrhaftig ändern muß. Die „Offenburger Zeitung“ bringt in ihrer Samstagnummer eine „Erklärung Waders“ auf unsere Veröffentlichung des Stichwahlabkommens im 2. bad. Wahlkreis in einer so verschwommenen Art, die weder gehauen noch gestochen ist. Die Erklärung sagt einfach: 1. Es wurde kein Wahlbündnis abgeschlossen. Will man etwa damit glauben machen, das sozialdemokratische Wahlkomitee hätte damals ohne jeden Untergrund einen Aufruf, für Wader zu stimmen, erteilt? Die Zeit liegt ja schon über 20 Jahre zurück, so daß eine genaue Feststellung des Stichwahlbündnisses und auch der Personen, die damals mitgewirkt haben, nicht mehr möglich ist. In der Erklärung heißt es dann: 2. „Ein Telegramm wurde von seiten Waders an die Sozialdemokratie nicht geschickt.“ Wo steht aber in dem Aufruf, daß Wader ein Telegramm nach Billingen geschickt doch nachfolgend, daß unsere Leitungen solche Erklärungen vom Stapel gelassen, die sich um den eigentlichen Kern der Sache jesuitisch herumdrücken.

Man kennt ja die Zentrumsmethode, wie in solchen Sachen die Wahrheit maltrahiert wird. Es ist nur zu verwundern, daß nicht schon einige Zentrumsgrößen von Offenburger schwarzen Stab im Sinne des verstorbenen Reichert (Baden-Baden) eine Erklärung oder „Berichtigung“ brachten, daß Reichert auch gegenüber dem sozialdemokratischen Wahlkomitee keine Erklärung bezw. Stichwahlbedingungen abgab. Wir halten also nach wie vor daran fest, daß die damaligen Erklärungen von den Stichwahlkandidaten des Zentrums abgegeben wurden. Es ist doch naheliegend, daß unsere Leitungen solche Erklärungen verlangen mußten, weil man Zentrumsverprechen im Wahlkampf keinen Glauben schenken darf. Versprechungen und Halten dieser Partei sind immer zwei Paar Stiefel.

Trotz aller Abstreitungsbemühungen der schwarzen Presse bleibt die Tatsache bestehen, daß das Zentrum schon oft Wahlbündnisse mit der Sozialdemokratie abschloß, wenn es für seine Sache Vorteile herausziehen konnte. Die Enttarnung ist daher sehr deplaziert.

Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der Stichwahl im 7. bad. Reichstagswahlkreis Nehl-Oberkirch-Offenburg am Samstag betrug die Zahl der Wahlberechtigten 27 373 (Nehl 7912, Oberkirch 4488 und Offenburg 14 973), von denen 26 187 von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten (Nehl 7566, Oberkirch 4246 und Offenburg 14 375). Es erhielten Stimmen: Stadtrat v. Kölsch (Nat.) in Nehl 7253, Oberkirch 1218 und Offenburg 4579, zusammen 13 050; Professor Dr. Wirth (Zentr.) in Nehl 313, Oberkirch 3028, Offenburg 9796, zusammen 13 137; Wirth ist somit gewählt. Ungültig waren 160 Stimmzettel, davon entfallen auf Nehl 44, auf Oberkirch 26 und auf Offenburg 90.

Nationalliberaler Verrat an der eigenen Sache.

Der nationalliberale Mannheimer „Generalanzeiger“ hat es bekanntlich für opportun gehalten, drei Tage vor der Stichwahl im 7. Reichstagswahlkreis, bei der Bezeichnung des Wahlausfalls in Reichow 1 und 2 die fortschrittlichen Wähler, die bei dieser Wahl den Ausschlag geben, zum Eintreten für den konservativen aufzumuntern. Er will „mit Interesse sehen, was stärker ist im Freisinn, der Radikalismus oder das bürgerliche Solidaritätsempfinden“. Das Zentrum hat natürlich diesen Spawen gierig aufgegriffen und ihn bei seinem Liebeswerben um die sozialdemokratischen Stimmen verwendet. Diese nationalliberale Leistung, welche den Gipfel politischer Unvernunft darstellt, haben wir bereits bei der Bezeichnung des Stichwahlergebnisses gebührend behandelt. Die „Frankf. Ztg.“ urteilt in ähnlichem Sinne, indem sie schreibt:

„Ohne genaue Kenntnis der Einzelresultate vom Samstag wird man kaum in der Lage sein, die Wirkung der von der Sozialdemokratie zugunsten des nationalliberalen Herrn Kölsch ausgegebenen Parole zuverlässig zu beurteilen. Jedenfalls war es der sozialdemokratischen Parteileitung ernst mit ihrer Parole; sie hat alles getan, was zum Siege des nationalliberalen Stichwahlkandidaten geschehen konnte, und die sozialdemokratische Wählerschaft dürfte der ausgegebenen Parole im großen und ganzen gefolgt sein. Betrachtet man die Zentrumsmehrheit, so ergibt sich, daß schon 44 Stimmen, die aus dem Lager der Linken herübergangen, genügt, dem Zentrum den Sieg zu verschaffen. Das Zentrum hat es an nichts fehlen lassen, sozialdemokratische Wähler zu sich herüberzuführen und was es positiv versucht hat, hat die reichsliche ungeschickte Haltung eines Teiles der nationalliberalen Presse des Landes auf negativem Wege für das Zentrum erreichen helfen. Haben doch diese Blätter ihrer Hoffnung, daß in Reichow der Sozialdemokrat gegen den konservativen unterliegen werde, in einer Weise Ausdruck gegeben, die sozialdemokratische Wähler, die ebenso unpolitischen Denkers fähig wären wie diese Organe, notgedrungen als Votum gegen solche „Unbanbarkeit“ ins Zentrumslager treiben mußte. Und warum sollte es nicht ein halbes oder ganzes Hundert Sozialdemokraten geben, die ihr empörtes Gerechtigkeitsgefühl, unbekümmert um politische Erwägungen, in Vergeltungspolitik umsetzen? Herr Kölsch und die nationalliberale Partei werden also, wenn sie nach den Ursachen der Niederlage suchen, an dieser Tatsache nicht vorübergehen dürfen. Mit dem Übergang von Offenburg-Nehl an das Zentrum verhielten sich die ohnehin nicht sehr ausgeprägten Wechselsverhältnisse im Reichstag um zwei Stimmen zuzunehmen der Linken. Um so notwendiger ist es, daß in Reichow ein

Sieg der Konservativen verhindert wird, nicht aus Liebe zur Sozialdemokratie, aber aus politischer Einsicht.“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Febr.

Am Bundesratssitz ist Staatssekretär Bischoff erschienen. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 5 Min. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine kurze Anfrage der Abg. Reichmann (Soz.) und Gen. nach Errichtung von Sachauschüssen in der Tabakindustrie.

Direktor Dr. Gaspar: Die Besuche sind den zuständigen Landesregierungen überwiesen worden. Für Preußen sind die Vorarbeiten noch nicht beendet; dieser Zeitpunkt ist auch noch gar nicht abzusehen.

Hierauf wird in die beim Etat des Reichsamts des Innern zurückgestellte Abstimmung über den Titel „Olympische Spiele“, sowie über die noch unerledigten Resolutionen vorgenommen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Polen, der Elsäßer, des Dänen und etwa der Hälfte der Stimmen des Zentrums wird der von der Budgetkommission geforderte Reichszuschuß zu den Olympischen Spielen in Berlin im Jahre 1916 angenommen. (Beifall); ferner eine Resolution der Nationalliberalen auf Erhebungen über den Gesundheitszustand der Arbeiter in der Großindustrie. Abgelehnt wird eine sozialdemokratische Resolution betreffend die Erweiterung des Schutzes der Jugendlichen und der Arbeiterinnen, ferner eine Resolution der Freisinnigen über Grundzüge für die in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Das Ergebnis muß durch Sammelstimmung festgestellt werden, wobei 139 Stimmen dagegen und 127 dafür gezählt wurden. Drei Resolutionen der Sozialdemokraten zum Koalitionsrecht, Arbeitszeit für Angestellte und Arbeitsverhältnisse in der Binnenwirtschaft werden abgelehnt. Eine Kommissions-Resolution betreffend die Zentralberatungsstelle für Verbindungsangestellte der Handwerkskammern um Bewilligung von 30 000 M. für diese Beratungsstelle wird angenommen.

Darauf wird die zweite Beratung des Etats der Justizverwaltung

fortgesetzt.

Staatssekretär Dr. Bischoff: Ich bitte, die von der Kommission geforderte Stelle eines sechsten Reichsanwalts zu bewilligen. Hinsichtlich der Verhältnisse der Rechtsanwaltsgehälter muß zunächst die Stellungnahme des Anwaltsrats abgewartet werden. Auch hinsichtlich der Erhöhung der Rechtsanwaltsgehälter sind statistische Erhebungen abzuwarten. Die Einführung einer neuen Beförderung unterliegt der Prüfung im Bundesrat. Ein Gesetzentwurf über die Neuregelung im Zwangsversteigerungsverfahren hinsichtlich der Verfügung über den Wert und Pachtzins des Hypothekengläubigers gegenüber steht bevor ebenso ein Gesetz zum Schutz der Gläubiger. Die Haftpflicht der Eisenbahn dürfte zum Herbst geregelt werden. Die Verhältnisse im Zarenwesen werden vom Reichsjustizamt ständig verfolgt. Mit dem verklärten Schuß solcher Personen, die in gutem Glauben mit Geisteskranken einen Geschäftsabschluss vollzogen haben, haben die Erhebungen nur für Berlin ein Bedürfnis zu einem solchen Gesetz ergeben. Eine gesetzliche Regelung dieser Frage dürfte sobald noch nicht erfolgen. Eine Verschlebung des Verfahrens bei Zivil- und Strafprozessen ist in gewissem Umfang schon herbeigeführt worden. Um alle Mängel aus der Welt zu schaffen, bedarf es einer einschneidenden Aenderung des geltenden Rechts. Hinsichtlich der Prozeßverschleppung läßt sich auch schon an der Hand der jetzigen Zivilprozeßordnung manches bessern. Bei den einzelnen Oberlandesgerichtsbezirken ergeben sich lokale Unterschiede. Auf der einen Seite wird mit außerordentlicher Schnelligkeit gearbeitet, die ein anderer Bezirk vermissen läßt. Um dessen Arbeit in dieser Beziehung der Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart und am schlechtesten der von Zweibrücken. Die kleine Strafprozeß-Novelle funktioniert gut. Das Gleiche wird mit den kleinen Gesetzen, die ich angebeutet habe, der Fall sein. Ich bitte um möglichst schnelle Verabschiedung. (Bravo!)

Abg. Wollsch (Fortf. Vpt.): Im Interesse der Rechtsprechung liegt es, die Stelle eines neuen Reichsanwalts schleunigst zu schaffen. Regelmäßig der Rechtsverhältnisse der Rechtsanwaltsgehälter wünschen wir einen Tarifvertrag, nicht gesetzliche Regelung. Der Enquete über die Gebührenordnung der Rechtsanwältinnen stehen wir skeptisch gegenüber. Die Heranziehung des Arbeiterstandes zum Schöffendienst ist unser aller Wunsch. Auch die Volksschlichter sollten zu diesem Amt herangezogen werden; angesichts der Jugendgerichtsbarkeit auch endlich die Frauen. Die Mithiligung des Justizministers gegenüber dem Richter im Mittel-Prozeß halten wir für angebracht. Unverständlich ist die Ablehnung des Dortmund Staatsanwalts, gegen einen Anwalt wegen unlauterer Machenschaften vorzugehen. Die Zahl der Anwälte beim Reichsgericht muß vermehrt werden. Das Existenzminimum für Privatangestellte von 1500 M. hinsichtlich der Pfändbarkeit wird erhöht werden. Die Pfändbarkeit der überschrittenen Summe führt zum Abschluß von Scheinverträgen zugunsten der Frau. Darunter ist das Vorgehen der Vereinigten Rechts-Anwaltsstellen gegenüber Schwindelbetrüben. Die Reichsleitung sollte Anstalten, die solche Mittelungen über Schwindelbetrüben machen, unterstützen. Die Verhältnisse im Plakatwesen und die Rechtsprechung über die öffentliche Verteilung von Flugblättern führten zu Injurträglichkeiten. Besonders das preussische Pressegesetz ist ein Ausnahmengesetz.

In der Frage des konfessionellen Eides habe ich bereits vor mehreren Jahren einen Antrag eingebracht. In der Frage des Schutzes der Jugendlichen gegen Schmutz in Wort und Bild muß ein Unterschied gemacht werden zwischen künstlerischen und rein unethischen Darstellungen. Der Geist einer kraftvollen Prädikation beherrscht weite Kreise des Volkes (lebhaftes Zustimmung und lebhafter Widerspruch). Deshalb erheben wir den Ruf nach Freiheit der Kunst und Erziehung der Menschheit zu einem höheren Grad der Sittlichkeit.

Abg. Gollsch (konf.): Wir bedauern, daß der alte preussische Brauch außer Übung gekommen ist, einen Austausch zwischen Rechtsanwältinnen und Richtern vorzunehmen. Einen sechsten Reichsanwalt werden wir gemäß unserer Haltung im vorigen Jahre bewilligen. Die Klagen der Sozialisten über Klaffjurist haben sich wesentlich abgeschwächt. Jetzt wird es dargelegt, als ob die Richter auf Grund ihrer Beziehungen unbewußt zur Klassenjustiz kommen, da sie nicht die Fähigkeit besitzen, sich in die Denkmuster des Volkes hinein zu versetzen. Die Wahl der Richter aus dem Volke wäre kein Hilfsmittel; dadurch würden wir erst recht zur Klassenjustiz kommen. Wir sind bereit, alles zu tun, um unsere Richter möglichst unabhängig zu stellen. Eine unparteiische Rechtsprechung ist eine wesentliche Notwendigkeit. (Beifall.)

Abg. Mertin (Reichsp.): Für die Jugendgerichte ist die Zurückziehung von Lehrern sehr angebracht. Wir sind keine Freunde der Novellen-Gesetzgebung. Die nationalliberale Resolution auf Vereinfachung der Rechtsprechung ist praktisch nicht durchführbar. Der Prozeß Mittel zeigt, daß die Richter unter aller Umständen danach streben, unabhängig Recht zu sprechen (Widerpruch im Zentrum). Wenn beim Brandprozeß der Oberstaatsanwalt auf Grund eines Zeitungsartikels eine parteiliche Erklärung abgegeben hat, so halten wir das für unangehörig.

Abg. Werner (Reformt.): Die Revision des Strafgesetzbuches bis zum Jahre 1917 hinauszuschieben, geht nicht an. Die

Heranziehung der Arbeiter zum Schöffendienst wünscht auch wir. Der Forderung auf baldige gesetzliche Regelung des Trennwesens kann ich mich nur anschließen.

Abg. Landsberg (Soz.):

Auf den Numerus clausus für die Rechtsanwältinnen will ich nicht mehr eingehen. Eine freie Advokatur ist unbedingt geboten. Wenn Zeugen mit Recht unbedeutend gehalten sind, so ist es im Krupp-Prozeß geschehen. Frau Emers, die die Anwartschaft hat, von den Alldeutschen zu einer Art Jungfrau von Orleans gemacht zu werden, wird natürlich für absolut glaubwürdig gehalten. (Große Heiterkeit.) Nur ein Mensch in Deutschland kann sich in berechtigter Weise gegen die Verschleppung seines Prozesses beschweren, das ist Fürst Eulenburg. Die sozialistische Presse hat sich von Sensationen stets ferngehalten. (Widerpruch.) Ueber das Wesen der Schundliteratur werden wir uns schwer einigen. Daß unsere Richter teilweise bemüht sind, auch dem Arbeiter zu seinem Recht zu verhelfen, bestreite ich nicht. Dieses Wohlwollen hört aber bei den Arbeiterorganisationen auf. Daß es in Deutschland eine Klassenjustiz gibt, ist eine traurige Tatsache. (Beifall bei den Sozialdem.)

Abg. Bell (Zentr.): In den Kreisen des Volkes versteht man unter Klassenjustiz etwas ganz anderes als der Abg. seine hier ausgeführt hat. (Sehr richtig! Widerspruch bei den Soz.) Deshalb sollte die äußerste Linke mit dem Vorwurf Klassenjustiz recht sparsam sein. Die theoretische und praktische Ausbildung der Juristen muß einen starken sozialen und wirtschaftspolitischen Einschlag erhalten, damit die späteren Richter besser in die Seele der Parteien und Angeklagten hineinsehen können. Eine Schimpffreiheit der Presse können wir keineswegs anerkennen. Wenn aber ein Redakteur mit scharfen Worten tatsächliche Missetaten geißelt und den Wahrheitsbeweis antritt, darf er nicht beurteilt werden. Die staatsrechtliche Verichterstattung über Gerichtsverhandlungen mit ihrer demoralisierenden Wirkung muß mit allen Mitteln bekämpft werden. In der Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild lassen wir uns nicht irre machen. Wir wollen eine wahre Kunst und keine Scheinkunst. (Beifall.)

Mittwoch 1 Uhr Weiterberatung.

Aus der Partei.

Die rote Waage.

„Wenn es zur Wahl geht, weiß ich schon, was ich zu tun habe!“ — Diese Worte hört man häufig, wenn man zum Beitritt zum sozialdemokratischen Wahlverein auffordert. Denjenigen Arbeitern, die derlei Ausflüchte gebrauchen, ist zu sagen: Das Wählen allein genügt nicht. Der Proletarier, der durchdrungen ist von der Ueberzeugung, daß die Befreiung seiner Klasse vom Druck des Kapitals nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, muß selbst mitwirken an dieser Aufgabe. Denn auch mit dem Zahlen der Beiträge allein ist's nicht getan.

Der Nutzen, den die Mitgliedschaft bei der gewerkschaftlichen Organisation für den Einzelnen bringt, muß offener zutage liegen. Da sind die Unterstützungseinrichtungen, die bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Streik die schlimmste Not von der Familie fernhalten, da sind greifbare Erfolge bei Lohnbewegungen und Streiks, die sich in höheren Verdiensten und kürzerer Arbeitszeit umsetzen. Aber gehen diese materiellen Vorteile nicht häufig genug wieder verloren durch politische Maßnahmen der herrschenden Klassen, die durch die Zoll- und Steuerbehörde die notwendigen Lebensmittel ins Ungemeine verteuern? Da muß dieser Politik der Ausbeutung und Unterdrückung die Bilanz des gesamten Proletariats in beständiger, Klassenbewußten Kampfe gegenüberstehen.

Dazu bedarf es jedes Einzelnen. Die politische Organisation der Sozialdemokratie ist es, die den Kampf organisiert und die Siege vorbereitet. Millionen von Flugblättern und Zeitungen, zehntausende von Druckschriften, Kalendern usw. werden von den Sendboten der Partei bis in die entferntesten, rückständigsten Gegenden getragen. Dazu bedarf die Partei zehntausende opferwillige Kräfte.

Die Förderung der Sozialdemokratie, die Ausbreitung der sozialistischen Ideen, die Durchdringung des ganzen öffentlichen Lebens mit dem Geiste des Sozialismus muß sich je länger, je mehr umsetzen in eine bessere soziale Gesetzgebung, in Reformen auf dem Gebiete der Kranken-, Witwen-, Waisenspflege, der Invaliden- und Unfallversicherung, des Wohnwesens, der Steuer- und Zollgesetzgebung usw., in Reformen also, die direkt dem Proletariat zugute kommen.

Und wie viel auf diesen Gebieten noch zu tun ist, braucht hier wohl nicht besonders auseinanderzusetzen zu werden. Aber das ist sicher, und dessen müßte jeder Proletarier eingedenk sein, daß ohne die Sozialdemokratie für die Arbeiterklasse nichts erreicht wird.

Wie sagte doch Bismarck?

„Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die möglichen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht erzielt werden.“

(Sitzung des Reichstags vom 26. November 1886.)

Diese Anerkennung konnte selbst ihr größter Gegner der Sozialdemokratie nicht verweigern. Um wie viel mehr liegt für jeden Arbeiter und für jede Proletarierin die Pflicht vor, alles einzusetzen für die Partei ihrer Klasse? Wie kann ein Arbeiter ruhig aufsehen, wie seine Klagengeheulen allein ihre Pflicht erfüllen, währenddem er mühsam beiseite steht? Wie kann er sein Gewissen mit dem Hinweis darauf beruhigen wollen, daß er bei der Wahl doch „natürlich rot“ wähle? Währenddem seine Kameraden amüsantes in der Parteiarbeit stehen, Opfer an Zeit, Verbrühen und Geld bringen, läßt er seine Rechte und Pflichten als Staatsbürger ungenutzt, heimlich gelegentlich nur die von anderen erkämpften Vorteile ein.

Das muß aufhören! Fort mit der politischen Indifferenz! Hinein in die politische Organisation! Das muß die Parole der roten Waage sein.

Sozialdemokratische Partei Badens.

Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß Herr Bruno Böcker in Redargemünd, gegen den das Ausschlußverfahren eingeleitet und ein Schiedsgericht beantragt war, dem Landesvorstand unterm 28. Januar d. A. seinen Austritt aus der Partei angezeigt, ohne vorher die Entscheidung des Schiedsgerichts abzuwarten.

Wir stellen es für unsere Pflicht, die Parteigenossen von dem Austritt des Herrn Böcker zu informieren. Man heim, den 16. Februar 1914. Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Badens.

Kommunalpolitik.

Aus Forstheim, 17. Februar, schreibt man uns: Den kommunalpolitischen Vorgängen in der Gemeinde wird von den interessierten Bürgern viel zu wenig Beachtung geschenkt.

Bürgerausschussung in Rotensels. Mittwoch, 11. ds. Mts., fand hier eine Ausschussung statt; es war dies die erste Sitzung im neuen Rathaus. Auf der Tagesordnung standen vier Punkte.

Schulhausneubau in Forstheim. In der vorgestrigen Sitzung des Bürgerausschusses wurden 957 300 M. für die Errichtung eines Schulhauses mit 47 Lehrplätzen in dem Nordteil noch zweifelhafte Aussprüche bewilligt.

Aus dem Lande.

It das christliche Nächstenliebe? Ungehehlich und rigoros müssen wir das Vorgehen der Stadtverwaltung bezeichnen, wenn nachstehender, uns von durchaus glaubwürdiger Seite mitgeteilter Fall auf Wahrheit beruhen würde.

Wohnsitz erworben hat. Ein derartiges Vorwissen ist weder menschlich noch christlich, in einer so frommen Stadt die Bruchsal sollte so etwas nicht vorkommen.

Arbeitermaskenball. Die Mitglieder der festgebenden Vereine, welche noch keine Vorzugskarten zu 30 Pfg. abgeholt haben, ist hierzu noch einmal Gelegenheit geboten am Freitagabend von 8-9 Uhr im Nebenzimmer der Brauerei Hensle.

Beim Minister. Letzten Montag wurde eine Abordnung des hiesigen Gemeinderats, bestehend aus den Herren Bürgermeister Ziegler, Gemeindevater Puhl und Röttlinger, vom Finanzminister Rheinboldt in Karlsruhe empfangen.

Unfall. Montag nachmittag brach ein 6jähriger Knabe, der über den mit einer dünnen Eisfläche überzogenen Hallboden gehen wollte, ein. Durch das lauffähige Eingreifen des Lehrpraktikanten Kramer am hiesigen Gymnasium wurde der Knabe vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Der Gemeindevoranschlag für 1914 sieht 3,44 Millionen Mark Ausgaben, 2,16 Millionen Einnahmen vor. Der ungedeckte Aufwand von 1,8 Millionen Mark wird durch den Umlagefuß von 32 Pfg. wie bisher, gedeckt.

Kunstaussstellung. Die diesjährige Deutsche Kunstausstellung Baden-Baden wird am 14. März eröffnet. Separatausstellungen werden stattfinden von Professor Caspar Ritter, Karlsruhe, Professor Friedrich Kallmorgen, Berlin, Professor Julius Bergmann, Karlsruhe, und als graphische Ausstellung im Saal 2 Professor Max Siebold, Berlin, Rabierverein Karlsruhe, Professor Bernhard Rantof, Stuttgart.

K. Siegesstand in der „Union“. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag war die „Union“ der Schauplatz eines unbeschreiblichen Siegestraums der fanatisierten ländlichen und städtischen „Sieger“ unter der Leitung ihrer geistlichen und weltlichen Führer.

Ein Eisenbahnunfall ereignete sich am Montagabend auf der Station Dinglingen um halb 9 Uhr dadurch, daß der aus dem Oberland einlaufende Güterzug 8281 auf eine Rangierabteilung auf fuhr, die mit Vieh beladen war.

Die bürgerliche Presse — das muß auch noch registriert werden — zeigte gegenüber diesen skandalösen Vorfällen wieder so recht ihre jämmerliche Feigheit.

Die Diebeshande treibt zurzeit hier ihr Unwesen. Im Hause des Herrn Anton Wunsch haben die Diebe schon mehreremale Besuch abgelehnt, allerdings ohne nennenswerte Beute zu finden.

Als die Cheleute Punt von einem sogenannten Kappenabend in ihre Wohnung zurückkehrten, wo sie ihre beiden Kinder im Alter von 2 1/2 und 1 Jahr allein zurückgelassen hatten, fanden sie das 1 Jahr alte Kind im Bett vollständig gedeutet und auf dem Gesicht liegend vor.

Als die Cheleute Punt von einem sogenannten Kappenabend in ihre Wohnung zurückkehrten, wo sie ihre beiden Kinder im Alter von 2 1/2 und 1 Jahr allein zurückgelassen hatten, fanden sie das 1 Jahr alte Kind im Bett vollständig gedeutet und auf dem Gesicht liegend vor.

Als die Cheleute Punt von einem sogenannten Kappenabend in ihre Wohnung zurückkehrten, wo sie ihre beiden Kinder im Alter von 2 1/2 und 1 Jahr allein zurückgelassen hatten, fanden sie das 1 Jahr alte Kind im Bett vollständig gedeutet und auf dem Gesicht liegend vor.

Als die Cheleute Punt von einem sogenannten Kappenabend in ihre Wohnung zurückkehrten, wo sie ihre beiden Kinder im Alter von 2 1/2 und 1 Jahr allein zurückgelassen hatten, fanden sie das 1 Jahr alte Kind im Bett vollständig gedeutet und auf dem Gesicht liegend vor.

Als die Cheleute Punt von einem sogenannten Kappenabend in ihre Wohnung zurückkehrten, wo sie ihre beiden Kinder im Alter von 2 1/2 und 1 Jahr allein zurückgelassen hatten, fanden sie das 1 Jahr alte Kind im Bett vollständig gedeutet und auf dem Gesicht liegend vor.

Als die Cheleute Punt von einem sogenannten Kappenabend in ihre Wohnung zurückkehrten, wo sie ihre beiden Kinder im Alter von 2 1/2 und 1 Jahr allein zurückgelassen hatten, fanden sie das 1 Jahr alte Kind im Bett vollständig gedeutet und auf dem Gesicht liegend vor.

Eine Ziege und ein Pferd verbrannten, die Schweine konnten gerettet werden. Der Feuerwehr gelang es nach zwei Stunden den Brand zu bewältigen.

Die Frau des Buchdruckereibesetzers Knirch, die mit dem kürzlich verstorbenen Redakteur Mezger ein Selbstmordversuch in Flüssen machte, ist nunmehr auch gestorben.

Die Richtung wird uns geschrieben: Die Direktion der „Süddeutschen“ hat auf eine Eingabe hin auf der Straße „Kühler Krug“ — Durmersheim einen Zug eingelegt, der 11,28 Uhr abends vom „Kühler Krug“ abgeht.

Das Militär beherrscht die Straße. Das groß. Bezirksamt, Polizeidirektion, gibt folgendes bekannt: Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Fußgänger und Radfahrer geschlossen marschierende Truppenteile durchquert haben.

Das Militär beherrscht die Straße. Das groß. Bezirksamt, Polizeidirektion, gibt folgendes bekannt: Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Fußgänger und Radfahrer geschlossen marschierende Truppenteile durchquert haben.

Aus der Stadt.

Das Militär beherrscht die Straße. Das groß. Bezirksamt, Polizeidirektion, gibt folgendes bekannt: Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Fußgänger und Radfahrer geschlossen marschierende Truppenteile durchquert haben.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Fußgänger und Radfahrer geschlossen marschierende Truppenteile durchquert haben. Wir machen darauf aufmerksam, daß dieses unzulässig ist und nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen geahndet wird.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Fußgänger und Radfahrer geschlossen marschierende Truppenteile durchquert haben. Wir machen darauf aufmerksam, daß dieses unzulässig ist und nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen geahndet wird.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Fußgänger und Radfahrer geschlossen marschierende Truppenteile durchquert haben. Wir machen darauf aufmerksam, daß dieses unzulässig ist und nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen geahndet wird.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Fußgänger und Radfahrer geschlossen marschierende Truppenteile durchquert haben. Wir machen darauf aufmerksam, daß dieses unzulässig ist und nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen geahndet wird.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Fußgänger und Radfahrer geschlossen marschierende Truppenteile durchquert haben. Wir machen darauf aufmerksam, daß dieses unzulässig ist und nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen geahndet wird.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Fußgänger und Radfahrer geschlossen marschierende Truppenteile durchquert haben. Wir machen darauf aufmerksam, daß dieses unzulässig ist und nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen geahndet wird.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Fußgänger und Radfahrer geschlossen marschierende Truppenteile durchquert haben. Wir machen darauf aufmerksam, daß dieses unzulässig ist und nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen geahndet wird.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Fußgänger und Radfahrer geschlossen marschierende Truppenteile durchquert haben. Wir machen darauf aufmerksam, daß dieses unzulässig ist und nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen geahndet wird.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Fußgänger und Radfahrer geschlossen marschierende Truppenteile durchquert haben. Wir machen darauf aufmerksam, daß dieses unzulässig ist und nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen geahndet wird.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Fußgänger und Radfahrer geschlossen marschierende Truppenteile durchquert haben. Wir machen darauf aufmerksam, daß dieses unzulässig ist und nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen geahndet wird.

leben. Trotz der oft häufigen Mißerfolge bei der Behandlung des Trinkers darf man doch nie die Hoffnung auf Besserung aufgeben. Völlig unangebracht ist es, daß die Umgebung des Trinkers ihm alle möglichen Ausschreitungen nachsieht, anstatt Schritte zu seiner Seilung zu unternehmen.

Wer in der Trinkerfürsorge mitwirken will, muß selbst Abstinenz sein. Mit dem Glas in der Hand, kann man keinen Trinker kurieren. So nachsichtig die Trinkerfürsorge mit dem Trinker in allen Punkten sein muß, in einem Punkte muß sie unerbittlich sein: beim einzig wirksamen Mittel gegen die Trunksucht, Vollständige Enthaltensamkeit von allen alkoholischen Getränken. In Bezug auf die in den Zeitungen angepriesenen Mitteln gegen die Trunksucht, die oft sehr teuer sind, kann man nur kurz sagen: Es ist alles Schwindel! Es gibt kein anderes Mittel gegen die Trunksucht als die Abstinenz. Sehr oft führt der Weg zum neuen Leben über die Trinkerheilanstalt; denn dort wird der Trinker nicht als Verbrecher, sondern als Kranker angesehen und auch dementsprechend behandelt. Nach der Entlassung aus der Anstalt muß der Trinker einem Abstinenzverein zugeführt und ihm so rasch als möglich für Arbeit gesorgt werden. Viele Arbeit ist zur Befestigung des Trinkerlebens zu tun und es gehört dazu nicht nur ein wohlwollendes menschenfreundliches Herz, sondern auch ein Glaube, der Wege versetzen kann. Die beste Methode, den Trinker zu retten, das hat die Erfahrung bewiesen, ist die, ihm die Wahrheit direkt auf den Kopf zuzusagen. Es sind nicht die schlechtesten Menschen, die der Trunksucht verfallen, es sind oft recht gutherzige, intelligente Naturen. Die Ansicht, daß dem Alkoholkranken der Alkohol nur allmählich entzogen werden darf, also daß man dem Hund den Schwanz nur stückweise abhacken darf, ist durch die Erfahrung direkt widerlegt. Auch daß ein Trinker rettungslos verloren sei, ist falsch, denn jeder Trinker kann völlig geheilt werden. Nicht erfreulich wäre es, wenn recht bald auf eine größere Gemeinde geblickt werden könnte, die in der Alkoholfrage die veralteten Anschauungen abgelegt hat.

Die interessanten, lehrreichen Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Längere Ausführungen machte noch Genosse Höhn, der betonte, daß beispielsweise in den skandinavischen Ländern seitens des Staates gegen den Alkohol viel mehr getan werde, als bei uns in Deutschland. Die Stadt Karlsruhe leistet zur Trinkerrettung ganze 400 Mark. Der Trunksucht sei nur durch völlige Enthaltensamkeit beizukommen. Weiter sprach noch Genosse Kühner, der die Arbeiter, die sich dazu aufgeschwungen haben, abstinenz zu leben, auffordert, sich dem Arbeiter-Abstinenzbund anzuschließen. d.

\* Bevölkerungsbewegung im Monat Januar. Die Zahl der Eheschließungen betrug 61 (1913: 60). Lebendgeborene wurden 227 (264) angemeldet, darunter 99 (181) Knaben und 128 (123) Mädchen; ehelich waren 184 (208) und unehelich 43 (46). Die Zahl der Totgeborenen betrug 8 (9), darunter 5 (7) Knaben und 3 (2) Mädchen. Gestorben sind 119 (184) Personen und zwar 64 (92) männlichen und 55 (92) weiblichen Geschlechts; unter den Gestorbenen befanden sich 15 (38) Kinder im 1. und 8 (9) Kinder im 2. bis 5. Lebensjahr. Die hauptsächlichsten Todesursachen waren: Scharlach 11 (11) Fällen (0); Masern 0 (0); Diphtherie und Krupp 3 (0); Keuchhusten 2 (4); Typhus 2 (0); Influenza 2 (0); Genickstarre 0 (0); Lungenentzündung 18 (20); Lungentuberkulose 8 (14); sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 6 (10); Krankheiten der Kreislauforgane 16 (28); Spinale Kinderlähmung 0 (0); sonstige Krankheiten des Nervensystems 11 (21); Magen- und Darmkatarrh 6 (7), darunter befanden sich Kinder im 1. Lebensjahr 4 (6); sonstige Magen- und Darmkrankheiten 9 (12); Krebs und sonstige Neubildungen 12 (15); Selbstmord 1 (1); Verunglückung 5 (1). Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet betrug die Zahl der Eheschließungen 6,01 (1913: 4,25), der Geburten 19,22 (22,16), der Lebendgeborenen 18,65 (21,57), der Sterbefälle 9,77 (15,62) und der Geburtenüberschuss 8,57 (6,94).

Das Bemerkenswerteste aus den Vorgängen im Januar ist die außerordentlich geringe Sterblichkeit (Fälle auf 1000 Einwohner berechnet); seit 1901 sind weder im Januar noch in einem anderen Monat relativ so wenig Sterbefälle vorgekommen wie im Berichtsmontat. Die Folge davon ist, daß trotz Anhalten der Geburtenabnahme der Geburtenüberschuss größer ist als im Januar 1913; freilich ist er immer noch einer der niedrigsten, die seit 1901 im Januar zu verzeichnen waren.

\* Seefische, ein erstklassiges Nahrungsmittel. Man schreibt uns: Immer noch wird im deutschen Binnenlande der Seefisch nicht in dem Maße gewürdigt, wie er es seines großen Nährwertes, seiner Billigkeit und seines Wohlgeschmacks wegen verdient. Ist der Verbrauch bei uns in den letzten Jahren auch etwas gestiegen, so ist er doch noch ein vollkommen ungenügender. Und das ist im Interesse einer rationellen Ernährung der minderbemittelten Volksschichten sehr bedauerlich. Immer noch kommt es zur Sommerszeit bei uns vor, daß an den Fischmärkten der Küste größere Mengen der besten Seefische infolge Mangels an Nachfrage in die Dünger- oder Fischmehlfabriken wandern und so dem menschlichen Verbrauch entzogen werden. Vergleicht man Deutschland mit England, so ist es besonders auffallend, wie wenig bei uns Seefische gegessen werden. In England werden, auf den Kopf der Bevölkerung ausgerechnet, ungefähr fünfmal soviel Seefische verbraucht, wie bei uns. Das kommt hauptsächlich daher, daß der Deutsche im Binnenlande die meisten billigen Seefischarten noch nicht kennt und sie nicht in richtiger Form zu verwerten weiß. Immer wieder hört man die Klage, die Seefischerei fähigen nicht genügend, hielten nicht lange genug vor, oder aber, sie ließen sich nicht abwechslungsreich zubereiten. Beide Klagen sind absolut nicht stichhaltig und sind darauf zurückzuführen, daß der Seefisch eben noch ein ziemlich neues, ungewohntes Nahrungsmittel ist, mit dem die meisten nicht recht etwas anzufangen verstehen. Im Interesse unserer Volkswirtschaft ist es aber gelegen, daß wir den Seefisch immer mehr als Nahrungsmittel bei uns einführen. Es haben daher die verschiedenen Behörden und Körperschaften sich eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigt und versucht, auf die mannigfaltigste Weise den Verbrauch an Seefischen zu heben. So ist auch die Fischereidirektion Altona schon seit langem bestrebt, durch Abhaltung von Vorträgen, Kostproben und Kochkursen in diesem Sinne zu wirken. In der nächsten Zeit sind an verschiedenen Stellen des badischen Landes, das die Fischereidirektion Altona sich besonders als Arbeitsgebiet auserkoren hat, solche Veranstaltungen geplant. Auch hier in Karlsruhe werden diese stattfinden, und zwar wird am heutigen Mittwochabend 8 Uhr im kleinen Saale der Festhalle der erste Lichtbildvortrag über die Seefischerei, die Seefische, ihren Wert als Nahrungsmittel und ihre Verwertung stattfinden. Am darauffolgenden Tage, Donnerstag, abends 8 Uhr, findet die gleiche Veranstaltung in demselben Saale nochmals statt. Jedermann ist dazu eingeladen, insbesondere der große Kreis der Hausfrauen. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

\* Die Generalversammlung des Vereins Volksbildung fand vergangenes Dienstagabend in der Techn. Hochschule statt und war nicht sehr stark besucht. Der 1. Vorsitzende, Herr Geh. Hofrat Dr. v. Dechelhaeuser, gab im Anschluß an den zur Verteilung gelangten gebundenen 14. Jahresbericht einen kurzen Ueberblick über das abgelaufene Vereinsjahr, das er als nicht besonders günstig für den Verein bezeichnete, sowohl in finanzieller Beziehung, als auch in bezug auf den Besuch der veranstalteten Lehrkurse. Der Gesamtbesuch ist gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, auch der Mitgliederstand hat sich im Be-

richtsjahr etwas verringert. Mit dem neuen Geschäftsjahr scheinen aber wieder bessere Verhältnisse platzzugreifen, denn nicht nur die Besucherzahl der Vorträge ist bedeutend gestiegen, sondern auch die Mitgliederzahl hat sich wieder erheblich vergrößert, was in anbetragt der gemeinnützigen Bestrebungen des Vereins nur zu begrüßen ist. Aus dem Geschäftsbericht geht weiter hervor, daß der Verein auch im abgelaufenen Jahre in jeder Beziehung bestrebt war, auf allen Gebieten des Wissens und der Unterhaltung das Beste zu bieten. An belehrenden Vorträgen wurden vier Zyklen abgehalten, und zwar sprach Herr Prof. Dr. May über „Tafelreden und Theorien der Vererbung“; Herr Prof. Dr. Ruge (Heidelberg) über „Die Entwicklung der philosophischen Probleme und kulturellen Ansichten“; Herr Prof. Dr. Sellpach über „Aus der Physiologie, Psychologie und Hygiene der menschlichen Arbeit“; Herr Prof. Dr. v. Dechelhaeuser über „Auniggeschichtliche Wanderungen durch alte Burgen und Schlösser“. Zu 3 der oben genannten Vorträge wurden den Besuchern Leitfäden verabreicht, welche sehr dankbare Aufnahme fanden, da dieselben sehr geeignet sind, dem Besucher die Möglichkeit zu geben, sich auch später wieder über das Gehörte zu orientieren. Der Durchschnittsbesuch jedes Vortrages betrug 134 Personen gegen 224 im Vorjahre. Exkursionen fand nur eine statt und zwar unter Führung des Herrn Prof. Dr. Paulke nach Kudenborn in den Schloß des Salzbergwerks Kaiser Wilhelm II.; hieran beteiligten sich 160 Personen. Unter den der Unterhaltung dienenden Veranstaltungen waren die Theateraufführungen am bedeutendsten. Zur Aufführung gelangten: „Maria Stuart“, „Herzogtumskantaten“, „Hohberg“ und „Nachtlager in Granada“. Es wird von Seiten der Leitung des Vereins besonderer Wert darauf gelegt werden, auch in diesem Jahre den Mitgliedern sowohl als den angeschlossenen Vereinigungen die Zutunflügungen beim Besuch der billigen Theateraufführungen zu ermöglichen zu lassen. Außerdem fanden zwei Unterhaltungsabende und ein Konzert in der Festhalle statt, wozu das letztere leider mit einem größeren Defizit abschloß. Dank dem Entgegenkommen des Bad. Kunstvereins konnte unter günstigen Bedingungen für die Mitglieder eine Führung durch die Keller- und Jubiläumsaussichtung veranstaltet werden. Zum Besuche der Festspiele in Dettigheim wurden den Mitgliedern Karten zu ermäßigtem Preise zur Verfügung gestellt.

Der Besuch in den beiden Lesesälen war ein guter. In der Lesehalle I in der Lammstraße erreichte die Besucherzahl eine Höhe von 72 187, das sind 1664 mehr als im Vorjahre; in der Lesehalle in der Marienstraße waren es 22 062 Besucher, das sind 3677 mehr. Zurzeit liegen in beiden Lesehallen zusammen 130 Zeitungen, 105 Zeitschriften und 807 Nachschlagewerke auf. Die Leseszeiten bleiben unverändert. An Mitgliedern konnte der Verein am Schlusse des Berichtsjahres 1218 verzeichnen. Die Einnahmen betrugen 7363,83 Mk., die Ausgaben 7633,61 Mk. Das Grundvermögen beträgt 2104,30 Mk., das der Lesehallen 608,41 Mk. Dem Rechnungsführer sowie dem Gesamtvorstand wurde für ihre Mithewaltung einmündig Dankschreiben erteilt. Nachdem von den Anwesenden noch verschiedene Wünsche in Bezug auf die veranstaltenden Vorträge und Exkursionen geäußert und von der Vorstandschaft möglichst Berücksichtigung zugesagt worden war, schloß der Vorsitzende die Generalversammlung mit dem Wunsche, daß der Verein auch im kommenden Jahre im Interesse der Allgemeinheit blühen und gedeihen möge. z.

\* Deutscher Verein für Volkshygiene. Am letzten Vortragsabend im großen Rathsaussaale sprach Herr Professor Dr. von Gierke über „Die Aufgaben der bädischen Provinzialverwaltung und der Unterjudungsanstalten für anliegende Krankheiten“. Vortrager gab eine Uebersicht der in der Provinz des saar. Krankenhauses geleisteten Arbeiten, die sowohl dem Nutzen des einzelnen Patienten, wie der allgemeinen Gesundheitspflege und Volkshygiene dienen. Die Unterjudungen sind teils pathologisch-anatomisch, teils bakteriologisch. Nach Erörterung der grundlegenden Begriffe und der Unterjudungsmethoden führte der Vortrager an Hand von Beispielen aus, wie mikroskopische Unterjudungen von Urin und Blut für die sichere Erkennung und Heilung vieler Krankheiten von größtem Nutzen sind. Aber auch eine genaue und wissenschaftliche Untersuchung der Verstorbenen durch eine Sektion ist nicht nur für die Ärzte, sondern auch für die Angehörigen oft von größter Wichtigkeit. Deshalb sollten die Bedenken möglichst fallen gelassen und in allen Fällen, in denen der Arzt dazu rät, die Erlaubnis zur Vornahme von Sektionen erteilt werden. Unmittelbarer einleuchtend ist der Wert bakteriologischer Unterjudungen, die, wie Vortrager an Beispielen vorführt, häufig für die Diagnose (Krankheitsarten), die Therapie (Krankheitsbehandlung) und die Prophylaxe (Krankheitsverhütung) von ausschlaggebender Bedeutung sein können. Zum Schluß betonte Redner die Notwendigkeit von Tierversuchen, denen die wissenschaftliche Medizin ein gut Teil ihrer Fortschritte verdankt, und die mit Liebe zu Tieren und Tierschutzbestrebungen wohl vereinbar sind.

Veranstaltungen.

\* Maskenball der Hotel-, Café- und Gastwirtschaften. Heute abend geben sich die im Gastwirtschaften beschäftigten Angehörigen im Saale der „Eintracht“ einem fröhlich-beiterten Faschingsstreifen hin, zu dem der Verband der Gastwirtschaften einlädt. Es sei nochmals an dieser Stelle auf die Veranstaltung hingewiesen.

\* Kostümfest des Pressevereins. Der Verein „Karlsruher Presse“ (Journalisten- und Schriftstellerverein) veranstaltet am Rosenmontag (23. Februar), abends 9 Uhr, im Saal des „Friedrichshofs“ ein Kostümfest. Für Gäste steht noch eine beschränkte Zahl von Karten (1 Mk.) zur Verfügung, die durch Vermittlung der Redaktionen der hiesigen Zeitungen und durch Mitglieder des Vereins „Karlsruher Presse“ erhältlich sind.

\* Das Residenztheater bringt der Faschingsstimmung entsprechend vorwiegend lustige Schwänke. Die zugkräftige Komödie „Wir lassen uns scheiden“ bleibt noch weitere drei Tage auf dem Programm, das als Premiere ein weiteres tolles Lustspiel „Hohel Inognito“ enthält, welches in Berlin bereits 500 Mal aufgeführt worden ist.

Neues vom Tage.

Leutnant v. Forstner. Zabern, 17. Febr. Vor dem Landgericht stand heute die Zivilklage gegen Leutnant v. Forstner zur Verhandlung. Die Klageschrift behauptet, daß v. Forstner im Sommer 1913 ein damals kaum 14 Jahre altes noch unbescholtenes Mädchen verführt habe. Als Streit- bezw. Entschädigungssumme werden 2000 Mark vom Vater des Mädchens gefordert. Die Verhandlung wurde auf Antrag des Vertreters des Beklagten auf den 28. April ds. Js. vertagt. Die lange Vertagung ist mit Rücksicht darauf erfolgt, daß v. Forstner zur Zeit noch minderjährig ist, aber zu Opiem 21 Jahre erreicht, sodas er dann seine Sache persönlich vertreten kann.

Letztes Opfer der Dortmunder Grubenkatastrophe. Dortmund, 17. Febr. In Brambauer wurde gestern der 24jährige Steiger Hubert Walzer in seiner Wohnung tot aufgefunden. Walzer war einer der ersten, die sich an den Rettungsarbeiten auf Zeche Alfenbach beteiligten. Seit dieser Zeit lagte er fortwährend über Müdigkeit. Man nimmt mit Sicherheit an, daß Walzer an den Folgen des Einatmens giftiger Gruben-

Verzweiflungstat eines Arbeitlosen. Kassel, 17. Febr. Infolge längerer Arbeitslosigkeit wurde ein Schmieid namens Franke in Volkmarshausen förmlich mütig. In diesem Zustande überfiel er heute früh seine Frau und Kinder und brachte ihnen zum Teil sehr schwere Verletzungen bei. Zwei Kinder liegen im Sterben. Der Mann wurde verhaftet.

Freiwillig gestellt. Eberfeld, 17. Febr. Brunhilde Wölben, die den Affenher Netzelbeck erschossen hat, stellte sich heute vormittag in Begleitung eines Verwandten und eines Rechtsanwaltes der hiesigen Staatsanwaltschaft.

Ein enkauferer Bär. Gera, 17. Febr. Im hiesigen Residenz-Theater gastiert zur Zeit eine Artisten-truppe, die zwei Bären mit sich führt. Einer der Tiere entkam aus dem Käfig und gelangte ins Freie. Das Tier durchlief einige Straßen der Stadt und verursachte unter der Bevölkerung eine große Panik. Ein Fleischerelehrling, der sich dem Tier entgegenstellte, wurde erheblich verletzt, ebenso ein Schuhmann, der den Bär einzufangen versuchte. Nach einigem Stunden gelang es, den Bär im Walde zu stellen und zu fesseln.

Der Posener Sittenstandal. Posen, 17. Febr. In den aufsehenerregenden Sittenstandal werden immer mehr Personen, teils aus angesehenen Familien, hineingezogen. Gestern wurden wieder vier Personen wegen Vergehens gegen den § 175 des Strafgesetzbuches verhaftet. Außerdem wurde eine auf der Durchreise befindliche Schauspielerin wegen Sittlichkeitsverbrechens in Haft genommen. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Ein angenehmer „Palast“. Rom, 16. Febr. Eine interessante Beschreibung des zukünftigen Palastes des Pringen zu Bied in Durazzo veröffentlicht die „Tribuna“. Das Blatt, das seine Behauptung durch Photographien bekräftigt, sagt, daß dieser Palast an Annehmlichkeit alles übertrifft, was man sich vorstellen kann. Er hat vom Schmutz, und das einfachste Bauernhaus besitzt mehr Luxus und Komfort. Die Arbeiter, die mit der Restaurierung beauftragt waren, haben noch nicht das geringste geändert. Das ganze Gebäude ist nichts wie eine zerfallene Hütte, in der noch nicht einmal ein Bettler Unterkunft nehmen würde. Weiter ist auch gar nicht an ein Unterbringen des prinziplichen Gesoltes zu denken, da in Durazzo andere Baulichkeiten nicht zur Verfügung stehen.

Tölicher Flieger-Aktus. London, 17. Febr. Wie aus Newport gemeldet wird, unternahm gestern Leutnant Murray in Penicola im Staate Florida mit seinem Wasser-Neoplan einen Höhenflug. Klöplich meigte sich der Apparat zur Seite und stürzte aus 800 Fuß Höhe ins Wasser. Die sofort unternommenen Rettungsversuche hatten keinen Erfolg. Man konnte nur die Leiche des unglücklichen Fliegers aus dem Wasser bergen. Dem Fluge wohnten Tausende von Zuschauern bei.

Letzte Nachrichten.

Reichstagswahl in Köln-Land. Köln, 17. Febr. Bei der heutigen Reichstagswahl im Kreise Köln-Land wurde Kuchhoff (Ztr.) mit 35 684 Stimmen gewählt. Der sozialdemokratische Kandidat Redakteur Söllmann hatte 24 630 Stimmen und der Liberale Scaruppe 6 563 Stimmen erhalten. 148 Stimmen waren gesplittet.

(Bei den allgemeinen Wahlen 1912 erhielt Kuchhoff (Ztr.) 33 372 Stimmen, der Sozialdemokrat 24 288 Stimmen und der Nationalliberale 8 549 Stimmen. Während also das Zentrum rund 2400 Stimmen, die Sozialdemokratie 340 Stimmen gewonnen, hat der Liberale um 2000 Stimmen abgenommen. Bereits bei der Hauptwahl im Jahre 1912 war Kuchhoff im ersten Wahlgang gewählt worden, allerdings mit der sehr knappen Majorität von 64 Stimmen, was denn auch zur Beanstandung der Wahl geführt hat. Die Red.)

Fortschrittlicher Verrat in Jerichow. Berlin, 17. Febr. Für die Stichwahl die am 20. Februar im Wahlkreise Jerichow zwischen dem konservativen und sozialdemokratischen Kandidaten stattfindet, ist von der fortschrittlichen Volkspartei die Stimmenabgabe den Wählern freigestellt worden.

(Die fortschrittlichen Wähler haben in diesem Falle die Wahl zwischen einem Sozialdemokraten und einem Konservativen und da kann sich die fortschrittliche Volkspartei (!) zu keiner anderen Parole aufhängen, als die Stimmgabe freizugeben. Sie ist also anscheinend der Meinung wenn der Konservative durchgeht und die Rechte im Reichstag um eine weitere Stimme vermehrt wird, dann macht es auch nichts. Das ist dann der Fortschritt nach rückwärts! Worte hat man da keine mehr. Die Red.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gemeinlichliches und Soziales: Hermann Adel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Baden.) Dem. verehrl. Gauvereinen zur Nachricht, daß von heute ab die fällige Sängerversammlung nebst weiterem wichtigen Inhalt im Lokal „Auerhahn“ zum Abholen bereit liegt und ersuchen wir um baldige Begehung.

Durlach. (Deutscher Holzarbeiter-Verband.) Morgen Donnerstag, 19. ds. Ms., findet im Saal z. „Darmstädter Hof“ eine Holzarbeiterversammlung statt. Kollege Selleminger aus Stuttgart wird über das Thema: Die Gefahren der Maschinenarbeit im Holzgewerbe referieren. Hierzu sind sämtliche Holzarbeiter von Durlach und Umgegend, besonders aber die Maschinenarbeiter freundlichst eingeladen.

Wasserstand des Rheins.

18. Februar. Schusterinsel 1,38 m, gest. 5 cm, Rehl 2,25 m, gest. 10 cm Marau 3,98 m, gest. 25 cm, Mannheim 3,32 m, gest. 20 cm.

Geschäftliches.

Die Mütter tun unrecht, wenn sie ihren Kindern im frühen Alter schon unverdünnte Milch geben. Eine Verdünnung allein genügt aber nicht, sondern es ist erforderlich, daß der Milch zur Ergänzung ihres Nährwertes ein Futab von „A u f e t e“ gegeben wird. Die Ernährung mit einer Mischung von „A u f e t e“ und Milch bringt die Kinder zu einer vorzüglichen Entwicklung und schützt sie nach Möglichkeit vor Säuglingskrankheiten.

Im Verlag von J. Kohl, Leipzig-Lössnitz, Röhische Str. 9. 1st erschienen und für 40 Pfg. zu haben: 7370

Rexhäuser. Dokumente eines Sterbenden.

# Allgem. Ortskrankenkasse Bruchsal.

Die Wahlen zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bruchsal betr.

Unter Bezugnahme und in Ergänzung der bereits ergangenen Bekanntmachung bringen wir hiermit zur Kenntnis der Versicherten und deren Arbeitgeber, daß der Kassenbezirk zur Vornahme der Wahl der Vertreter und der Ersatzmänner zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bruchsal in zwei Distrikte und zwar in einen Stadt- und einen Landbezirk eingeteilt ist.

Jede Gemeinde bildet mit der ihr etwa zugehörigen abgeordneten Gemarkung einen Stimmbezirk.

Im Landbezirk finden die Wahlen für die Arbeitgeber und die Versicherten statt am

**Samstag, den 28. März 1914,**

- Büchenau auf dem Rathause** von 4 bis 5 Uhr nachmittags,
- Sambriicken auf dem Rathause** von vormittags 11½ bis 2 Uhr nachmittags,
- Seibelsheim auf dem Rathause** von 9 bis 10½ Uhr vormittags,
- Selmsheim auf dem Rathause** von 8 bis 9 Uhr vormittags,
- Karlsdorf auf dem Rathause** von 12 bis 2½ Uhr nachmittags,
- Langenbrücken auf dem Rathause** von 12 bis 2 Uhr nachmittags,
- Neuenbürg auf dem Rathause** von 9 bis 10 Uhr vormittags,
- Obergrombach auf dem Rathause** von 10 bis 11 Uhr vormittags,
- Oberöwisheim auf dem Rathause** von vormittags 11 Uhr bis 1 Uhr nachmittags,
- Odenheim auf dem Rathause** von 6 bis 8 Uhr nachmittags,
- Dettringen auf dem Rathause** von 4 bis 8 Uhr nachmittags,
- Stettfeld auf dem Rathause** von 10½ bis 11½ Uhr vormittags,
- Abstadt auf dem Rathause** von 8½ bis 9½ Uhr vormittags,
- Unteröwisheim auf dem Rathause** von 6½ bis 8 Uhr nachmittags,
- Weiber auf dem Rathause** von 5 bis 8 Uhr nachmittags,
- Zentheren auf dem Rathause** von 4 bis 5 Uhr nachmittags.

Im Stadtbezirk Bruchsal finden die Wahlen statt am

**Montag, den 30. März 1914,**

im Gartensaal der „Neuen Sonne“ und zwar:  
für die Versicherten von 4 bis 8½ Uhr abends,  
für die Arbeitgeber von 7 bis 8½ Uhr abends.

Die Ausübung des Wahlrechts kann seitens der versicherungspflichtigen Versicherten nur in derjenigen Gemeinde erfolgen, in der sie beschäftigt sind; seitens der Arbeitgeber da, wo sie ihre Betriebsstätte haben und Beschäftigte beschäftigen.

Freiwillige Mitglieder haben ihr Wahlrecht in derjenigen Gemeinde auszuüben, in der sie ihre Beiträge zur Einzahlung bringen.

Demnach sind auch die Wählerlisten aufgestellt. Der Ausschuss besteht aus neunzig Vertretern, von denen ein Drittel von den beteiligten volljährigen Arbeitgebern und zwei Drittel von den volljährigen Versicherten je aus ihrer Mitte, und zwar getrennt gewählt werden. Für die Vertreter der Arbeitgeber werden 60, für die Vertreter der Versicherten 120 Ersatzmänner gewählt.

Beteiligt sind solche Arbeitgeber, die für ihre versicherungspflichtig Beschäftigten Beiträge an die Kasse zu zahlen haben. Arbeitgeber, die selbst versichert sind, zählen zu den Arbeitgebern, wenn sie regelmäßig mehr als zwei versicherungspflichtige Beschäftigte; andernfalls zu den Versicherten. Für die Wählbarkeit stehen den Arbeitgebern bevollmächtigte Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsbeamte der beteiligten Arbeitgeber gleich. Nicht wählbar sind Mitglieder, einer Behörde, welche Aufsichtsbefugnisse über die Kasse hat.

Die Arbeitgeber führen für je einen versicherungspflichtig Versicherten eine Stimme.

Arbeitgeber, die mehrere versicherungspflichtige Beschäftigte, führen für je fünf (5) versicherungspflichtig Beschäftigte eine weitere Stimme. Mehr als 30 Stimmen kann kein Arbeitgeber führen. Die jedem Arbeitgeber zukommende Stimmenzahl ist aus der Wählerliste ersichtlich. Wählbar als Vertreter der Versicherten ist nur, wer bei der Kasse versichert ist.

Weder wählbar noch wahlberechtigt sind die Arbeitgeber unständig Beschäftigter als solche und Arbeitgeber, die mit der Zahlung der Beiträge im Rückstand sind; ferner unständig Beschäftigte, die nach § 67 Nr. 3 der Satzung keine Beiträge zahlen und versicherungspflichtige Mitglieder einer Ersatzkasse sind, und deren eigene Rechte und Pflichten auf ihren Antrag ruhen. (§ 2 Abs. 2 der Satzung.)

Wahlberechtigt zur Wahl der Versicherungsvertreter sind alle volljährigen Kassenmitglieder beiderlei Geschlechts, wählbar als Vertreter jedoch nur volljährige Deutsche.

Nicht wählbar ist ferner:  
1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das

den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet worden ist.

2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

Wer als Arbeitgeber wählbar ist, kann die Wahl nur ablehnen, wenn er:

1. das 60. Lebensjahr vollendet hat;
2. mehr als vier minderjährige eheliche Kinder hat; Kinder, die ein anderer an Kindesstatt angenommen hat, werden dabei nicht mitgerechnet;
3. durch Krankheit oder Gebrechen verhindert ist, das Amt ordnungsgemäß zu führen;
4. mehr als eine Vormundschaft oder Pflegschaft führt. Die Vormundschaft oder Pflegschaft über mehrere Geschwister gilt nur als eine; zwei Gegenvormundschaften stehen einer Vormundschaft, ein Ehrenamt der Reichsversicherungsordnung einer Gegenvormundschaft gleich;
5. während der unmittelbar vorhergehenden Wahlzeit das Amt mindestens zwei Jahre geführt hat.

Ein Arbeitgeber, der die Wahl ohne zulässigen Grund ablehnt, kann vom Vorsitzenden des Vorstandes bis zu 500 M. bestraft werden.

Die Wahlen sind geheim; gewählt wird nach den Grundzügen der Verhältniswahl unter Beachtung der Bestimmungen der Wahlordnung, welche einen Bestandteil der Satzung bildet.

Die Wahlzeit dauert vier Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit solange im Amte, bis ihre Nachfolger eintreten. Wer ausscheidet, kann wieder gewählt werden.

Die Wählerlisten von Bruchsal können auf der Kassenverwaltung diejenigen von den zum Kassenbezirk gehörigen Landgemeinden bei den betreffenden Ortsrechnern eingesehen werden und liegen die Wählerlisten zu diesem Zweck vom 10. März 1914 ab zur allgemeinen Einsicht auf.

Etwasige Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens zwei Wochen vor dem Wahltag unter Beifügung von Beweismitteln beim Kassenvorstand einzulegen.

Wahlberechtigte, welche nicht in die Wählerliste aufgenommen sind, werden zur Wahl nur zugelassen, wenn sie in einer alle Mitglieder des Wahlausschusses überzeugenden Weise ihre Wahlberechtigung nachweisen.

Wir fordern die Beteiligten auf, Wahlvorschläge für die Ausschuswahl bei dem Vorstande einzureichen und weisen darauf hin, daß nur solche Wahlvorschläge berücksichtigt werden, die spätestens zwei Wochen vor dem Wahltag bei dem Vorstande eingehen.

Die Stimmabgabe ist an diese Wahlvorschläge gebunden. Verbundene Wahlvorschläge werden nicht zugelassen. Die Wahlvorschläge können nach ihrer Zulassung im Kassenlokal von den Wählern eingesehen und berichtigt werden. Die Berichtsfrist geht bis spätestens eine Woche vor der Wahl. Bis zu diesem Punkt können auch eingereichte Wahlvorschläge zurückgezogen werden.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzureichen.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je zehn Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingereichten Wahlvorschlag gezählt und auf den übrigen Vorschlägen gestrichen. Sind mehrere Wahlvorschläge, die von demselben Wahlberechtigten unterzeichnet sind, gleichzeitig eingereicht, so gilt die Unterschrift auf demjenigen Wahlvorschlag, welchen der Unterzeichner binnen einer ihm gesetzten Frist von höchstens zwei Tagen bestimmt. Unterläßt dies der Unterzeichner, so entscheidet das Los.

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens so viel Bewerber benennen, als Vertreter bzw. Ersatzmänner zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt, und nach Familien- und Vor-(Namen), Namen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Mit den Wahlvorschlägen für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlägen für Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber nach § 17 der Reichsversicherungsordnung zur Ablehnung der Wahl befugt ist.

In jedem Wahlvorschlag ist ferner ein Vertreter des Wahlvorschlags und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu bezeichnen. Ist dies unterblieben, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlvorschlags und, soweit eine Reihenfolge erkennbar ist, der zweite als sein Stellvertreter. Der Wahlvorschlagsvertreter ist berechtigt und verpflichtet, dem Vorstand die zur Beseitigung etwaiger Anstände erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Die Stimmzettel müssen von weißer Farbe und für die Wahl der Versicherten-Vertreter 21/33 Zentimeter groß sein (1/2 Bogen Aktienformat Normalpapier 3a). Für die Wahl der Arbeitgeber-Vertreter muß die Größe der Stimmzettel 21/16,5 Zentimeter betragen. Die Stimmzettel dürfen keinerlei äußerliche Kennzeichen haben und müssen ihrem Wortlaut nach genau einem der eingereichten Wahlvorschläge entsprechen, bei Vermeidung der Ungültigkeitserklärung.

Der Wähler kann nur einen solchen Stimmzettel abgeben, der mit einem der zugelassenen Wahlvorschläge vollständig übereinstimmt. Irgend welche Veränderung macht den Stimmzettel ungültig.

Stimmzettel, die mit keinem der zugelassenen Wahlvorschläge übereinstimmen, oder die ein Merkmal haben, welches die Absicht einer Kennzeichnung wahrscheinlich macht, oder die unterschrieben sind, sind ungültig. Ungültig ist ferner der Inhalt eines Stimmzettels, soweit er zweifelhaft ist.

Im übrigen wird auf den Inhalt der Satzung und Wahlordnung verwiesen.

**Der Vorstand der allgemeinen Ortskrankenkasse Bruchsal.**  
F. Soloch, Vorsitzender

**Frauenbildung — Frauenstudium.**  
Donnerstag, den 19. Februar, abends halb 6 Uhr,  
im Saal der Fichteschule, Soblienstraße 14:

**„Die gebildete Frau als Käuferin“**  
Metallwaren — Fräulein Johanna Frenzen.

Eintritt für Mitglieder 1.— Mark, für Nichtmitglieder 1.50 Mark.  
Der Vorstand.

**Gebrüder Scharff**

Kolonialwaren u. Weine en gros.  
Telephon Nr. 741. Von 8—12 u. 2—7 Uhr.  
Detail-Verkaufsstellen:  
Karlsruhe: Amalienstr. 27, Rheinstr. 34a,  
Wilhelmstr. 30, Bernhardstr. 8.  
Knielingen: Teutscheureut, Hagfeld,  
Blankenloch, Egenstein.

Vom 17. bis 24. Februar:  
**Ermäßigte Mehlpreise**

Qual. I	per Pfund 17 Pfg.
Qual. 0	per Pfund 18 Pfg.
Qual. 00	per Pfund 19 Pfg.

Unser Mehl stammt aus einer der renommiertesten Mühlen der Rheinpfalz und ist an Qualität und Ausgiebigkeit nicht zu übertreffen.

**Pflanzenfett** Feinste Süßrahm-Margarine

Ia. Qual., gelb, lose,	per Pfund . . . 60.-
Ia. Qual., weiss in Tafeln,	per Pfund . . . 68.-

**Backöl** (sogen. Butteröl).  
Bestes Fabrikat, in der Pfanne nicht spritzend, per Liter 88.-

**Mischobst** vorteilhaft gemischt per Pfund 32 und 40.-

7354

**Alle Sorten Saatkartoffeln**  
frühe, mittelfrühe und späte, weiß- und gelbfleischig  
empfehlen billigst 7356  
Wilh. Stoll, gemischtes Warengeschäft, Hagsfeld.  
Telephonruf: Karlsruhe 3315.

**Residenz-Theater**

Waldstrasse 30. Telephon 1417.

Nur Mittwoch, Donnerstag u. Freitag unter anderem  
**Première!**  
7364 Der reizende Filmschwank  
**Hoheit Inkognito**  
Lustspiel in 4 Akten.

**„Schaumende Alb“, Bulach.**  
Fastnacht-Sonntag:  
**Bockbier-Fest**  
Beginn vormittags 11 Uhr. 7363  
Es labet ein **A. Fichtaler.**

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.  
Geburten vom 15. Februar: Emilie Johanna, S. Otto Oberst, Mägenmacher. Gertha Katharina Beitha, B. Friedrich Schwarze, Fabrikant.  
Todesfälle vom 14. u. 15. Februar: Nikolaus Rummert, Wagner, Witwer, alt 74 Jahre. Karl Braun, Bäckermeister, Witwer, alt 68 Jahre. Viktor Louis, Oberleutnant a. D., ledig, alt 37 Jahre. Max Rosel, Opernfänger, Ehemann, alt 49 Jahre. Robert, alt 2 Monate 10 Tage, S. Karl Rüdiger, Osterbestätter.

„Arbeiter-Bildungs-Verein“

Samstag, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Räumen der Gesellschaft Eintracht

Kostüm-Fest.

Karten für Mitglieder und Einzulebende sind (mit einer Damenkarte) zum Preis von 50 Pfg. bzw. 1.50 Mk. bei unserem Hausmeister, Wilhelmstraße Nr. 14 und an der Abendkasse zu haben. — Wir laden zu zahlreicher Beteiligung ein.

Südstadt.

Fische! Fische!

Am Freitag, den 20. ds. Mts. findet auf dem Werderplatz-Markte, vor der Brauerei Wolf, ein großer Verkauf von prima lebendfrischen Seefischen, Cabliau, Schellfischen, Backfischen usw. statt.

Die Preise der Fische sind das Pfund um 5 Pfg. billiger wie auf dem Städt. Fischmarkt.

Restaurant „Goldener Adler“

Spezialauschank der Brauerei Kammerer. Jeden Donnerstag

Schlacht-Tag.

Hochachtend Ernst Müller.

Künstlicher Dünger

als: Chlorkalipeter, Ammoniak, Kalisalz und Viehdünger ist eingetroffen und empfiehlt billigt

Wilh. Stoll, gemischtes Warengeschäft, Hagsfeld. Telephonruf: Karlsruhe 3315.

Bucherer

7289 empfiehlt

Melange-Marmeladen

vorzügl. Qualitäten.

Marmelade

5 Pfund 1.30  
10 Pfund 2.25

offen, Pfund 25 Pfg

Apricosen-Marmelade

ganze Stücke

Pfund 50 Pfennig.

Erdbeer-Marmelade

Pfund 55 Pfennig.

Apfel-Gelés

Kunst, offen

Pfund 40 Pfennig.

2 Pfund Dose 90 Pfg

Bucherer

in sämtlichen Filialen.

Zapp's Schweizer Viehpulver ist ein unersetzliches Mittel zur Aufzucht von Jungvieh und Fohlen. Wer probt — lobt!



EINER

Masken-Kostüme

berleiht billigt

G. Guggenheim

Marktgrafenstr. 25. 7282

Größere Posten Herrenkleiderstoff-Neze

sind enorm billig abzugeben

Kaiserstr. 133

1 Treppe hoch 7253

Jeder Dame,

welche ihr ausgefallenes Haar einleitet, fertige schöne Zöpfe, Haarflechten, Puppenveranden usw. billigt an. Defekte Haararbeiten repariere billigt.

Karl Mösch, Friseur

Aue bei Durlach, 7084

Wilh. Eckert,

Uhrmacher, Marienstr. 20, neß. dem Apollo-Theater empfiehlt sein Lager in 1 Taschen- u. Wanduhren, billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 8 u. 4 far. gestempelt, das Paar v. 12-27. Brillen u. Zwicker.

Städtische Festhalle Karlsruhe.

Fastnacht-Dienstag, den 24. Februar 1914

in den glänzend beleuchteten und geschmückten Sälen der Festhalle

Grosser Kostüm-Bürgerball

Konzert- und Ballmusik: Die Leib-Grenadier-Kapelle

Leitung: Musikmeister Walter Bernhagen.

Von 12 Uhr an in der „Münchener Bierstube“ Unterhaltungsmusik (Tiroler Bauernkapelle),

Anfang 7 Uhr.

Saalöffnung 6 1/2 Uhr.

Ende 4 Uhr.

Städtische Festhalle Karlsruhe.

Fastnacht-Dienstag den 24. Februar 1914

in den glänzend beleuchteten und geschmückten Sälen der Festhalle

Großer Kostüm-Bürgerball

Konzert- und Ballmusik:

Die Leib-Grenadier-Kapelle, Leitung: Herr Musikmeister Walter Bernhagen.

Von 12 Uhr ab in der „Münchener Bierstube“ Unterhaltungsmusik.

Photograph, Kostümverleihs-Gelegenheit, Friseur und Blumenverkauf im Hause.

Zutritt zum Ballsaal nur im Kostüm oder Ballanzug. Masken und anstößige Kostüme unter allen Umständen ausgeschlossen. Hierüber wird strenge Kontrolle geübt.

Eintrittskarten für Damen und Herren zu 2 Mk. (für Saal und obere Galerie)



Im Vorverkauf bei den Firmen: Zigarrengeschäft G. West, Karls-Friedrichstr. 32, Kaiserstraße 113 und Kaiserstraße, Ede Herrenstraße; Hoflieferant R. D. Dietrich, Kaiserstraße 179 a; Zigarrengeschäft Oscar Feistenberger, Karls-Lor (Bachhaus) und Georg-Friedrichstraße 25, Ede Durlacher Allee; Zigarrengeschäft Ed. Flüge, Kaiserstraße 51; Sportgeschäft D. Freundlich, vorm. E. Dahlmann, Kaiserstr. 185; Hofjäger R. Frey, Kaiserstraße 99; Kaufmann Karl Polzschuh, Werderstr. 48; Zigarrengeschäft F. Kühnel, Durlacher Allee 4; Kürschnermeister A. Lindenlaub, Kaiserstraße 191; Zigarrengeschäft G. Wehle, Ede Karls-Friedrich- und Kaiserstraße, Ede Kaiser- und Weidenstraße und Kriegstraße 3 a; Zigarrengeschäft R. Worlock, Kaiserstraße 75, Karls-Friedrichstraße 28 und Neue Bahnhofstraße 54; Zigarrengeschäft Karl L. Schweikert, Ede Kaiser- und Walbstraße; Zigarrengeschäft G. Steinmann, Amalienstraße 14 b (Eingang Kaiserstraße) und Neue Bahnhofstraße 1; Geschwister Moos, Internationaler Postkartenverlag, Kaiserstraße 96, sowie im Kiosk des Verkehrsvereins (beim Hotel Germania). Preis der Karten am Ballabend an der Festhallekasse Mk. 2.50.

Saalöffnung 6 1/2 Uhr. — Beginn 7 Uhr. — Ende 4 Uhr.

Zugang zum Saal und zur oberen Galerie durch den Anbau rechts vom Hauptportal, zur oberen Galerie außerdem über die neuen Galerietreppen rechts und links vom Hauptportal.

Musikprogramm zu 10 Pfg. am Saaleingang.

Vorbehaltene Restaurationsplätze (im kleinen Saal und auf der unteren Galerie im großen Saal) zu 50 Pfg. für den Sitz werden von der Ballkommission auf vorherige Bestellung abgegeben. Im übrigen ist das Belegen von Plätzen nicht gestattet.

Kinder im schulpflichtigen Alter ausgeschlossen. Verbote ist das Rauchen mit Papierfahnen, Konfetti und dergl. in den Ball- und Nebenräumen, das Rauchen im Tanzsaal, das Tanzen in den Speisefälen, das Mitführen von Tieren.

Kontrollmaßnahmen: Die Abschnitte an den Karten werden vor dem Betreten der Karten ohne Kontrollabschnitte sind ungültig. Die Karten selbst sind sorgfältig aufzubewahren und auf Verlangen des Kontroll- und Aufsichtspersonals vorzuzeigen. Wer ohne Karte betreten wird, hat Ausweisung zu gewärtigen. Wer die Festhalle vor Beendigung des Balles verläßt, verliert die Berechtigung zum Wiedereintritt mit der entwerteten Karte. In besonderen Fällen werden vom Kontrollpersonal Berechtigungscheine für den Wiedereintritt ausgestellt.

Königlich ungarische steuerfreie 4 1/2 % amort. Staats-R-Anleihe

von 1914 in Säulen zu Mk. 408

und höher

Ausgabefurs 90.75 Pfg. Mk. 100.

Zerlegungen hierauf erbittet vor dem 21. ds. Mts.

Am 1. Juli 1914 und 1. Januar 1915 fällige 4 1/2 % Staatsloosenscheine von 1912 können in Zahlung gegeben werden.

Carl Götz, Bankgeschäft, Karlsruhe, Hebelstraße 11.

Verkaufe und Kaufe

fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Zahngebisse, Pfandscheine, Möbel, Reisekoffer.

Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft Levy

Markgrafenstr. 22. Tel. 3015.

Sehr billig abzugeben: Eleg. seid. Damen-Maskestoff (Eiffelstr.), wie neu, 12 Mk., roter Rips-Divan 22 Mk., pol. Pfeilerkommode 10 Mk., feine Armband-Stahluhr 8 Mk., 1 Paar schöne Perl-Ohringe 2 Mk., mod. Jadenlosgilim 10 Mk., Nachtisch 6 Mk., schön hoteleber Gramophon mit mehreren besseren Doppelplatten zu 25 Mk., Schifffonier u. schön Vertiko, 6 Stühle, Wäscherschrank mit Messingverglasung u. Schublade, Diplomatenschreibstisch, 7547

Alderstr. 17, 1 Treppe hoch.

Angebotsverfahren.

Fräulein Emilie Wappenzeller, Säuglerin hier, Schillerstraße 16, hat den Antrag gestellt, ihr abhanden gekommenes Sparbuch, Lit. Z. Nr. 161, mit einer Einlage von 561 Mk. 88 Pfg., inzwischen durch Fingerringstift angetroffen zu erklären.

Der Inhaber des genannten Buches wird daher aufgefordert, solches innerhalb eines Monats, von der erfolgten Einrückung an gerechnet, bei der unterzeichneten Kasse vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung erfolgen wird.

Karlsruhe, 18. Febr. 1914.

Städtische Spar- und Pfandleihkasse.

Nach Kaufe und verkaufe fortwährend getragene Herren- u. Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen.

Wilhelm Schwab

Durlacherstraße 85.

E. Döhner, Tapeziergeschäft

Rüppurrstr. 23, Luisenstr. 35 empfiehlt sich im Tapezieren, Anfertigen und Anarbeiten von Polstermöbel und Betten aller Art bei billiger Berechnung.

Pieg- und Sigmagen,

fast neu, zu verkaufen.

Marienstr. 76, 4. Etod, 118.

Verpachtung von Familiengärten.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe verpachtet im Gewann Dammhof zwei Gärten mit je 250 qm Fläche und der Fläche etwa 260 Familiengärten mit je 250 qm Fläche. Das gesamte Gartengebiet wie auch die einzelnen Parzellen werden auf Kosten der Stadtgemeinde mit Einfriedigung versehen; ebenso befreit die Stadtgemeinde die Herrichtung der erforderlichen Zugangswege sowie den Anschluß der Gärten an die städtische Wasserleitung. Für einen Gartenanteil ist eine Jahrespacht von 15 Mark zu entrichten.

Mit der Ausstufung der Gartenparzellen an Ort und Stelle ist begonnen; die Benützung der Gärten durch die Pächter kann etwa in 4 Wochen erfolgen.

Werber um die Gartenanteile wollen sich beim Sekretariat des städtischen Tiefbauamts, Rathaus Zimmer No. 116, melden; dortselbst sind auch die Pachtbedingungen und die Kleinparzellenordnung aufgelegt.

Die früher bereits erfolgten Vormerkungen bleiben, sofern dieselben nicht innerhalb von 8 Tagen schriftlich zurückgenommen werden, aufrecht erhalten; der Pachtpreis beträgt für die früheren Anmeldungen ebenfalls 15 Mark.

Karlsruhe, den 18. Febr. 1914.

Städt. Tiefbauamt.

2 Betten

wenig gebraucht, 2 vollerte hochhäuptige Bettstellen, 2 Kissen, 2 Decken, 2 dreiteil. Matratzen, 2 Polster, werden für 185 Mk. abgegeben.

Waldstraße 22, Möbelhaus.

Georg-Friedrichstr. 13

5. Et. r. ist ein freundlich möbl. Zimmer, mit oder ohne Pension zu vermieten.

Kinderwagen

sehr gut erhalten, billig zu verkaufen.

Scheffelstraße 44 a, 4. Etod.

Sportwagen

gebraucht, ohne Gummireifen, für Mk. 250 zu verkaufen. Wielandstr. 32 V. I.

Kinder-Sieg- u. Sigmagen

mit Nadelgestell billig zu verkaufen. Winterstr. 35, Etod. 3. Et. r.

Brennholz

vorzügliche Hartholz, per Str. 1 Mk., ab Fabrikhof fortwährend zu haben. Bei Restabnahme Preisermäßigung.

Süddeutsche Fournierfabrik

Werderstr. 79 Teleph. 1817



Erdal Schuh-Creme

sekundenleichte, welche herrliche Glanz!